

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtgrößte Anzeigenzeile kostet 2.50 M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 30. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Gemeinsames Vorgehen.

Uebereinstimmung der SPD. und USPD.

Am Sonnabend mittag fand eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteiführungen beider sozialistischen Parteien im Reichstag statt. Die Besprechung ergab die Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, die als ernst und kritisch aufgefaßt wurde. Dies macht ein gemeinsames Handeln beider Parteien zu einem unbedingten Erfordernis.

Dazu braucht aber die Arbeiterschaft Bewegungsfreiheit. Deshalb müsse der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland und Ostpreußen und vor allem in Bayern, der nur gegen die Schächer der Republik angewandt wurde, verschwinden.

Nachmittags um 1/2 Uhr fand eine Unterredung der Parteivertretungen mit dem Reichskanzler statt. Dem Reichskanzler wurde die übereinstimmende Auffassung beider Parteien über die Situation und die nächsten Forderungen dargelegt.

ihre Ausführungsorgane unbedingt zuverlässige Republikaner sein. Im Kampf um den Schutz der Republik werde die Regierung auf die Unterstützung der Arbeiterklasse rechnen können.

Agrarische Drohung.

Der „Deutschen Tageszeitung“ ist die Kampfanlage des Proletariats gegen die Rechtskonservativen in die Glieder gefahren. Sie legt das Drohmittel aus, mit dem die Agrarier jedesmal bei der Hand sind, wenn irgend etwas in Deutschland nicht nach ihrem Willen geregelt wird.

Aber Sie können nicht draußen ins Land hinaus. Sie können nicht in die kleinen Städte und in die Bauernbüdfer. Wollen Sie, daß das flache Land Ihren Kampf beantwortet? Wollen Sie, daß der Bauer, der von den Großstädten, seit der Revolution erst recht, genug hat, im Interesse seiner eigenen Selbsthaltung sagen muß: Ihr, Berlin und Halle und Magdeburg und Erfurt, seht Ihr zu! Wollen Sie das, meine Herren? Wissen Sie, was das bedeutet?

Der Zweck der Drohung ist hier zu did aufgetragen, als daß sie wirken könnte. Sie ist auch nicht so leicht durchzuführen. Denn wir können weit mehr auf das Land hinaus, als die „Deutsche Tageszeitung“ glauben machen will.

Parteigenossen! Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die Feinde der Republik erheben frecher denn je ihr Haupt. Nach zahlreichen anderen Opfern ist Erzberger ihren Mordbuben zum Opfer gefallen. Presse und Agitatoren der Rechtsparteien und Generäle, die Deutschland zur Niederlage geführt haben, beschimpfen in schamloser Weise die Republik und ihre Führer und arbeiten fieberhaft auf die Beseitigung der demokratischen Volksrechte hin.

Für die werktätige Bevölkerung, für alle wahrhaftigen Republikaner und Demokraten heißt es jetzt zum entscheidenden Gegenstoß anzutreten. Mit den reaktionären und monarchistischen Bestrebungen, mit dem schwarz-weiß-roten Fahnenrummel, mit den militaristischen Kundgebungen muß ein für allemal Schluß gemacht werden.

Dieser Kampf wird eingeleitet durch eine

Große Demonstration am Mittwoch, den 31. August, nachmittags 4 1/2 Uhr im Lustgarten.

- Erscheint in Massen und demonstriert für Sicherung der Republik und der Volksrechte, für Aufhebung des Belagerungszustandes, insbesondere in Bayern, für energisches Vorgehen gegen die Mordheger in der Presse der Rechtsparteien, für Verhinderung der militaristischen und nationalistischen Kundgebungen, für Demokratisierung der Verwaltung und Justiz.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der SPD.

von ihnen indirekt unterstützte — englische Hungerblockade sittlich entrüsten können. Wir werden diese Ausführungen wieder zitieren, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ bei dem nächsten Landarbeiterstreik nach Eingreifen des Staates und Technischer Nothilfe schreibt, unter Berufung auf die Lebenswichtigkeit der ländlichen Betriebe, die allemal nur existiert, wenn die Landarbeiter streiken wollen, beiseite aber nicht, wenn die Herren Grundbesitzer selber aus politischem Haß gegen die Städte systematisch mit dem Gedanken der Aushungerung spielen.

Abwehrkampf der Republik.

Die Berordnung der Reichsregierung gegen die Rechtskonservativen stellt einen ersten notwendigen Schritt der republikanischen Selbstbehauptung dar. Es handelt sich nicht in erster Linie darum, ob jede einzelne Bestimmung der Berordnung zweckdienlich ist, das wesentliche ist der Geist, der aus dieser Berordnung und dem sie begleitenden Aufruf der Regierung spricht. Die Republik will sich die dreifache Berhöhung und Schädigung ihres Ansehens durch die übermütig gewordene Hatentkrenzlergarde nicht mehr länger gefallen lassen. Sie macht Schluß mit der Toleranz gegen die Heuchlergesellschaft, die selber von Freiheit nie etwas hat wissen wollen, aber jetzt meint, die neue Freiheit zu jeder widerlichen Handlung bis hinauf zum Mord für sich ausnützen zu können.

Wir sehen ein großes Lamento der Rechtspresse vor uns. Auch ohne die ersten Anzeichen des Geschreis im Spätabendblatt des Herrn Wulle würden wir wissen, daß jetzt die Herren Reaktionäre „im Namen der demokratischen Freiheit“ Protestlärm erheben werden. Diese Heuchelei ist wirklich nicht schwer zu durchschauen. War doch den gleichen Herrschaften keine Einschränkung demokratischer Grundrechte gegenüber den Kommunisten scharf genug, haben sie doch jedesmal getobt und gedroht, wenn die Regierung den verhängten Belagerungszustand wieder aufhob, Härten der Ausnahmegerichte beseitigte, kurz und gut bestrebt war, nach Ueberwindung der Aufstandsgefahr möglichst schnell wieder zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren.

Für die Reaktionäre gilt aber genau das gleiche, was wir den Kommunisten oft genug, leider meist vergeblich, gepredigt haben: Die Demokratie gibt unbegrenzte Freiheitsrechte unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß das Volk aus eigener Reife die vernünftige Begrenzung finden werde. Der systematische Mißbrauch der Freiheit zu verbrecherischen Zwecken zwingt zu ihrer Einschränkung, über die sich niemand weniger beklagen darf, als wer vorher nichtsahnend darauf herumgetrampelt hat.

Und wie haben die Reaktionäre mit der Freiheit Mißbrauch getrieben! Die Pressefreiheit war ihnen nur ein Mittel, Tag für Tag Jauchezübel der niedrigsten Schimpferei gegen die Regierung zu gießen. Noch vor ganz wenigen Tagen druckte die „Deutsche Zeitung“ (Nr. 396 vom 26. August 1921) ohne jeden ersichtlichen Grund einen monatealten Schimpferguß des „Miesbacher Anzeigers“ zum Entwaffnungsgeheß ab, nur eben weil dieses Elaborat haufenweise Kot gegen die Regierung spritzte. Wir geben nur ein paar Sätze daraus:

Funktpruch an alle Sau- und Regierungsjuden an der Banke, Dahme, Briele, Dosse, an der Havel und an der dreckigen Spree. Mit Eurem Entwaffnungs- und Entmannungsgeheß wischen wir uns die ... In unserem Lande ist Euer schwarz-roter gelber Weimarer Puhhaberer, Euer demokratischer Schandfleschen nicht in Geltung. ... Wollt Ihr's darauf ankommen lassen, dann kommt nur selber herunter, und hernach werden wir ja sehen, ob uns die beschneittenen Eunen der Entente Gewalt antun können. Vorläufig aber regen wir uns nicht darüber auf. Wir lassen die Berliner Saujuden gebieten und verbieten und lachen dazu. Bei uns in Bayern ist alle Tage Kirchweih, zu der die Nachthaber an der Spree eingeladen sind. Es soll nur so ein galizischer Peitesjud kommen und uns entwaffnen wollen — den schlagen wir, daß er in keinen Sarg mehr hineinpakt! — Unterschrift: Die deutsche Einigkeit!

Keine Regierung der Welt kann aber auf die Dauer bestehen, kann Anordnungen mit Aussicht auf Befolgung erlassen, wenn fortgesetzt — und es handelt sich hier nur um ein zufälliges Einzelbeispiel — in dieser Tonart gegen sie geheißt wird. Sie kann auch keine öffentliche Ruhe und Ordnung verbürgen, wenn Tag für Tag in offener und vernehmlicher Weise zu Mord und Gewalt aufgeheißt wird, wenn z. B. das Organ des „Bundes der Aufrechten“, ein extremmonarchistisches Organ, in Nr. 34 vom 21. August 1921 mit Bezug auf die in der Regierung sitzenden Männer ungestraft schreiben kann:

Statt an der Laterne zu baumeln, leben jene Gauner und Verbrecher herrlich und in Freuden, während der anständige Mann in dieser Republik, dem Paradiese der Erpresser und Schieber, stöhnend um sein Dasein ringen muß.

Man kann wirklich nicht verlangen, daß nun in jedem Einzelfall die Minister gegen jedes heßende Käseblättchen persönlich Strafantrag stellen, um dann vielleicht noch vom Staatsanwalt auf den bornennollen Weg der Privatbeleidigungslage verwiesen zu werden. Dann kämen sie vor Prozessieren überhaupt zu keiner Amtshandlung mehr. Nein,

hier muß von Gesetzes wegen eingeschritten werden, namentlich wenn so deutlich mit dem „Vaternenpfahl“ gewinkt und dadurch die Atmosphäre geschaffen wird, die zur Ermordung Erzbergers geführt hat. Und ebenso ist ein sofortiges Einschreiten der Staatsgewalt notwendig, wenn die „Kreuzzeitung“ mit deutlich erkennbarer Absicht schreibt:

Es besteht leider keine Aussicht, daß sich ein General findet, der wie Napoleon vor 120 Jahren den Rat der Fünfhundert, so jetzt den Reichstag schmerzlos und radikal aufhebt, zum Segen für Land und Volk.

Nichts hat das Ansehen der Republik so sehr geschadet, als daß diese Hege und Agitation jahrelang ungehindert hat wuchern können. Der Regierung widerstrebt in ihrem demokratischen Grundempfinden, gerade die demokratischen jeweils sie zusammengesetzt war, der Gedanke einer Einschränkung der Freiheitsrechte. Aber Hinz und Kunz am Stammtisch saßen das nur so auf, daß mit einer Regierung, die sich all so etwas ruhig ins Gesicht sagen ließ, doch eben nicht viel los sein könne. Deswegen wird das größte Bedauern, das sich mit dieser Verordnung verbindet, das eine sein, daß es erst so schwerer Frevel und Mordtaten bedurft hat, um sie endlich zur Tat werden zu lassen. Aber gerade dieser Umstand beweist, daß die Regierung wirklich nicht leichten Herzens, sondern unter dem äußersten Zwang reaktionärer Herausforderungen sich zu einer Einschränkung wichtiger Freiheitsrechte entschlossen hat.

Das Wichtigste an der Verordnung aber wird der Geist sein, in dem sie ausgeführt wird. Die Verordnung ist, wie sie sich das versteht, in der Form neutral gehalten, sie richtet sich theoretisch gegen jeden, der die Republik angreift und verächtlich macht. Aber die Umstände ihrer Entstehung beweisen deutlich, daß sie praktisch dem Kampfe gegen den Rechtsbolschewismus dienen soll. Wir zweifeln nicht, daß das auch die Absicht der Regierung ist.

Leider können wir aber nicht zu allen untergeordneten Organen, namentlich nicht zu den deutschnationalen versuchten Staatsanwälten und Richtern das Vertrauen haben, daß sie die Verordnung in dem Geist handhaben werden, in dem sie erlassen ist. Hier wird die Regierung gezwungen sein, dem ersten Schritt sehr bald den zweiten hinzuzufügen, indem sie das Schwergewicht der Strafrechtspflege vom Berufsrichtertum zum Laienrichtertum verschiebt, wobei wir aber nicht an die heutigen, vielfach noch reaktionär ausgesteibten Laienrichter denken, sondern an ein Laienrichtertum, das auf demokratischer Grundlage aus den breiten Massen des Volkes herauswächst. Die längst geplante Strafrechtsreform, die in allen Instanzen das Laienrichtertum einführen will, muß in diesem Punkte — sei es als Notgeheiß — sofort durchgeführt und mit der Wahl der Laienrichter auf Grund des allgemeinen Wahlrechts verbunden werden. Daneben ist zu erwägen, wieweit die Durchführung dieser Verordnung durch besondere Organe, die der Regierung unmittelbar unterstehen, zu fördern ist.

Darüber mag die Rechtspresse toben und zernern was sie will. Das darf die Regierung nicht einschüchtern, darum kommt sie nicht herum. Wenn die Verordnung von der Justiz in ihrem inneren Sinne umgebogen wird, wenn ein deutschnationales Richtertum sie als Mittel benutzt, um massenhaft Kommunisten ins Gefängnis zu werfen, Rechtsbolschewisten aber wegen „idealer Gesinnung“ (vgl. Lebus, Dittwig v. Hirschfeld usw.) freizusprechen oder zu lächerlich geringen Strafen zu verurteilen, dann ist sie ein Schlag ins Wasser, dann wäre besser, man hätte sie nie erlassen. — Die Reichsregierung muß auch schärfstens darüber wachen, daß die Verordnung, soweit sie Maßnahmen im Verwaltungsweg vorsieht, nicht von reaktionären Landesregierungen, wie der des Herrn Rahr in Bayern, sabotiert wird.

Durch die Reihen aller ehrlichen Republikaner geht ein Aufatmen, daß endlich sich ein energischer Wille zur

Bekämpfung des Rechtsbolschewismus zeigt. Aber nichts wäre hier gefährlicher, als auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die breiten Volksmassen beweisen tagtäglich, daß sie mit Energie und Begeisterung hinter jeder Regierung stehen werden, die diesen Kampf bis zum Ende durchführt. Sie sind von glühendem Kampfeswillen und Kampfesmut gegen die Reaktion besetzt. Möge die Regierung sie nicht enttäuschen!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die Ermordung Erzbergers, dieses erneute sichtbare Zeichen für das Vordringen der Reaktion, läßt die Gefahr für den Bestand der Republik und aller freiheitlichen Einrichtungen erkennen. Dieser Gefahr muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden von allen schaffenden und rechtlich denkenden Menschen.

Zu gewaltiger und machtvoller Demonstration rufen deshalb nach vorheriger Verständigung die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das ganze Reich auf.

In Berlin versammeln sich am Mittwoch, den 31. August 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lustgarten alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die die Freiheit der Perse und des Wortes verteidigen wollen.

Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter müssen so zeitig ihre Arbeitsstätten verlassen, daß sie zur oben angegebenen Zeit im Lustgarten sind, wohin in geschlossenem Zuge unter Vermeidung der Berührung der Bannmeile zu marschieren ist.

In den Krankenhäusern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken ist der Betrieb, soweit als notwendig, aufrechtzuerhalten. Die Straßenbahn, die Hoch- und Untergrundbahn, sowie die Stadtbahn sollen fahren.

Alle Schichtarbeiter und Dienstfreien müssen sich um 2 Uhr in ihren Betrieben zur Teilnahme am geschlossenen Abmarsch zur Demonstration einfinden.

Arbeitslose treffen sich an ihren zuständigen Arbeitsnachweisen und begeben sich von dort nach dem Lustgarten.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Seid Euch der Wichtigkeit des Augenblicks bewußt! Protestiert in gemeinsamer Front gegen die Reaktion, gegen den politischen Mord, für Freiheit und Recht!

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Vollmerhaus.

Allgem. freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau. Otto. Schifora.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns mitgeteilt: Gestern nachmittag fand im Reichskanzlerhaus eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Afa-Bundes mit dem Herrn Reichskanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf den durch die jüngste Mordtat blutig bezeugten Charakter der politischen Situation hin und schilderten die in den Reihen der Arbeitnehmerschaft vorhandene starke Beunruhigung. Es wurde von ihnen mit Bedauern festgestellt, daß die am 20. März 1920 zur Sicherung der Republik getroffenen Vereinbarungen (8 Punkte) bis heute unerfüllt geblieben seien und daß seitdem die Reaktion immer mehr erstarke. Ausschreitungen schwerster Art gegen das Ansehen der Republik und deren Einrichtungen hätten sich ereignet, die Fahne der Republik sei mehr als einmal Gegenstand der Verhöhnung und Vernichtung gewesen, Veranlassungen ehemaliger militärischer Formationen seien mit Ver-

unglimpungen der Einrichtungen der Republik verbunden gewesen. Gegen derartige Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Die bedenkliche innerpolitische Entwicklung zeige sich aber ganz besonders in den Mordtaten gegenüber republikanisch gesinnten politischen Persönlichkeiten. Die Ermordung des Abg. Gareis in München sei

bis heute noch ungeklärt;

der Mord an Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre.

Die Vertreter der Gewerkschaften richteten daher an den Reichskanzler die dringende Aufforderung, zur Beseitigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen.

Insbesondere forderten sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen, das Verbot für Angehörige der Reichswehr, an antirepublikanischen Kundgebungen teilzunehmen, widrigenfalls sofortige Bestrafung und Entfernung aus der Reichswehr erfolgen müsse, unerbittliches Vorgehen gegen die unmittelbare und mittelbare Beherrschung des politischen Nordes und der Anreizung dazu in Wort und Schrift, schärfstes Zusehen bei der strafrechtlichen Verfolgung politischer Mörder und deren Helfershelfer, wie überhaupt die

Ergreifung energischer Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Republik.

Die gewerkschaftlichen Vertreter erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden 11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten willens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe.

Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgebrachten Besorgnisse teile. Es sei daher bereits eine Verordnung erlassen, die geeignet sein dürfte, den besprochenen Missetat nachdrücklich zu wehren zu gehen. Er begrüßte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich in so entschiedener Weise hinter die Regierung stellen wollten, um sie bei der Sicherung der Republik nachdrücklich zu unterstützen. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Rechtsprechung gegebenen Anregungen würden

Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein.

Der Reichskanzler behielt sich vor, den Vertretern der Gewerkschaften über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Der Deutsche Beamtenbund ist gleichfalls mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Fühlung getreten und hat erklärt, daß er jeden politischen Mord aufs schärfste verurteilt und von der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Entgiftung der politischen Atmosphäre erwartet. Auch der Deutsche Beamtenbund ist bereit, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff mit allen Mitteln zu schützen.

Aufseuf der Christlichen.

Von der Zeitung des Deutschen (christlich-nationalen) Gewerkschaftsbundes wird die gegenwärtige gespannte innerpolitische Lage wie folgt beurteilt:

Inmitten der von langer Hand planmäßig vorbereiteten, die wirtschaftlichen Nöte breitetester Volkskreise und die allgemeine politische Erregung strapellos ausnützendem Parteikampfe ist die Ermordung Erzbergers erfolgt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit allen ererbenden und politisch urteilsfähigen Menschen einig in der rückhaltlosen Verurteilung dieses Mordverbrechens. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht fest auf dem Boden der deutschen Volksgemeinschaft. Wer sich zu ihr bekennt, muß, besonders in erregten Zeiten, den Mut haben, die sich daraus ergebenden Pflichten vorbehaltlos und nach allen Seiten zur Geltung zu bringen.

Matadore!

Von Mirol

Matadore sind Nationalhelden. Sie sind die kühnen Männer, die, nur mit einem kurzen Schwert bewaffnet, sich dem rasenden Stier entgegenstellen und ihn durch einen Schwertstreich erledigen. Der Ehrenname Matador ist dann aus Spanien über die ganze Welt gegangen und ist mit der zunehmenden Achtung vor dem Geist den Geistigen beigelegt worden, die, allein mit der Waffe ihres Verstandes versehen, die rasenden Ewig-Gestrigen erledigen. Matadore sind Vorbilder für die ganze Nation, für die ganze Menschheit. Man liebt sie, man verehrt sie, man strebt ihnen nach. Deshalb wählt man mit Vorliebe Tote zu Matadoren, denn Lebenden begegnet man lieber mit Zweifel. Auch ist man bei ihnen nicht sicher: wer weiß, wie sie sich noch wandeln können; während bei den Toten man nur das zu sehen braucht, was man will. Ihre Taten sind ja durch die Geschichte so veredelt worden, daß es auf ein bißchen mehr oder weniger Rosa nicht ankommt.

Aber es gibt auch lebende Matadore. Das sind solche Männer, deren überragende Persönlichkeit jedem auffällt, deren Verdienste um die Menschheit schon bei dem Lebenden über den leiblichen Tod hinausweisen. Wer war ein solcher Matador? Ein Goethe, ein Schiller, ein Kant. — Doch die Generationen wechselten, andere Ideale kamen auf. Was hatten diese Männer getan? Sie schrieben Verse oder Dramen oder schwer verständliche Abhandlungen. . . . Ihre Nachfolger wurden entthront, verbannt oder ins Gefängnis geworfen. Man schuf sich neue Matadore. Man stellte ein Goethe-Schiller-Denkmal vor ein Theater und beschriftete die Plätze mit — neuen Matadoren. Sie hatten Tausende Stammesgenossen, aber dafür zehntausende Andersstämmiger in den Tod getrieben. Sie waren Vorbilder. — Die Zeit wechselte. Von wem sprach man zuletzt? Was wollte jeder Jüngling werden? Nicht Goethe, nicht Moltke — Max Benda und Conrad Weidte waren die Sehnsucht seines Herzens. Asta Nielsen das stumme Ideal aller jungen Mädchen. Zwar hatte genau wie Goethe seinen Schiller die Asta ihre Porten. Aber da sagte keine: „Freut euch, daß ihr zwei solche Kerls habt!“ Der Ruf der Matadore war nicht mehr so sicher. Er konnte morgen von der Gerni und der Regni und nach einem Duzend anderer Größen geraubt werden. Die neuen Vorbilder mußten um ihre Titel kämpfen. Sie mußten vom Film zum Rennen, vom Stadion zur Premiere, vom Theater zum Ball und vom Fest wieder zum Film rasen, um nur ja überall zu sein, wo irgend etwas los war. Da durfte kein Ereignis vorbeigehen, ohne daß „man“ dabei gewesen war. Sonst konnte man vergessen werden.

Und doch, was für eine Spielerei war dieses Matadoreleben gegen das der Nationalhelden von heute. Was war das? Ein bißchen im Auto herumzufahren, vom Frack ins Pyjama, vom Gut ins Trikot zu springen. Ein bißchen mit den Armen herumzufucheln und bei jeder Ohrfeige die nicht einmal echt war, in die Luft zu knallen. Lappalie! Wer ein Matador von heute ist, kriegt

keine Ohrfeigen; er haut sie selbst. Er haut nicht Ohrfeigen, er schlägt Knochens. Allerdings, die Matadore von heute sind nicht langlebiger. Da kann kein Jüngling sich sagen: ich will wie Breitensträter sein, denn morgen erhebt sich Spalla in unbeschreiblichem Glanze und übermorgen Cowler und dann Carpentier und jetzt gar Demofen! Ein schwerer Beruf ist das geworden, der Matadoreneruf von 1921! Dafür wird das aber auch Kerle! Wetten: Goethe und Schiller und Kant zusammen werden nicht eine Runde gegen einen Helden von heute stehen!

Ein Klassiker der Hintertreppe. (Zu Paul de Kock 50. Todestage.) Der Name Paul de Kock lebt zwar in der Kulturgeschichte fort, denn er ist der Schöpfer des Pariser Kleinbürgeriums gewesen, wie es sich unter dem Bürgerkönigtum entfaltete und von den Daumier, Gavarni, Henri Ronnier u. a. im Bilde festgehalten wurde. Seine Romane sind auch hier und da neu aufgelegt worden, aber man liest sie nicht mehr, und so gehört seine Stellung heute vor allem der Geschichte des Publikumsgechmads an. Paul de Kock war im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts wohl der geleseste Schriftsteller Europas. Während er in Paris selbst neben der gewaltigen Gestalt eines Balzac und der stärkeren Bezugs eines Sue nicht so recht aufkommen konnte, galt er in der Provinz und in dem ganzen nach der „Sonnenstadt“ blickenden Ausland als die Verkörperung des echt pariserischen Glanzes. Alles, was man an den Franzosen bewunderte, ihre Beilieblichkeit, ihren Lebensgenuss, die Frivolität der Sitten, die sich mit einer gewissen Eleganz paarte, das glaubte man in den Szenen dieser Romane wiederzufinden. So jagten sich förmlich die Uebersetzungen seiner Werke, und die beliebtesten Unterhaltungsschriftsteller traten in seine Fußstapfen. Der Hintertreppenroman, der auf die niederen Instinkte des Publikums spekuliert und stets auch im Salon gelesen wird, ist eigentlich von Kock begründet worden.

Der 17jährige Banklehrling, der bereits 1811 mit einem kleinen Roman „Das Kind meiner Frau“ als Schriftsteller auftrat, hat durch sechs Jahrzehnte unermüdet geschrieben und eine ungezählte Reihe humoristischer Bühnenstücke und Romane hervorgebracht. Paul de Kock besaß zweifellos eine hohe Gabe scharfer Beobachtung des Alltagslebens und wußte Gegenstände und Personen, die die Literatur vorher der Beachtung nicht für wert gehalten hatte, mit lebendigem Realismus und keckem Humor darzustellen. Tiefere Konflikte, stilsche Forderungen existierten für ihn nicht, und wo er einmal als notwendigen Gegenstand rührende oder traurige Dinge darstellte, da gerät er in eine wahllos. Sentimentalität. Der französische Spiegel in seiner ganzen Behäbigkeit und Väterlichkeit ist der Held dieser Romane und ihr Inhalt die typische französische Ehebruchsgeschichte, die so stark auf die Literatur der andern Völker eingewirkt hat.

Wie Ludwig Thoma begraben wurde. Dies letzte Kapitel im Leben des frohgemuten Spotters und derbischen Satirikers von einst, ist die wenig erfreuliche Fortsetzung des andern, „wie Ludwig Thoma ein Unsterblicher“. Also in Ebern am Tegernsee ist er beigesetzt worden — inmitten der bayerischen Voralpenlandschaft, die ihm Heimat und vor allem ein Herzstätt war. Aber weiter: „an der Seite seines Freundes und Landsmannes Ganghofer“ (jagt der

„Lokal-Anzeiger“). Wie? der Kaiserfreund, der Familienblatromanfänger Ganghofer war sein Freund? Nun, ja, sein Vorgänger — aber sonst hoffentlich ein seiner Modelle. „Der Stadtpfarrer, hielt die Trauerrede. Die Gebirgshühen in ihrer historischen Tracht waren als Ehrentompagnie aufgezogen. . . Ein kleines Geschütz feuerte für den Ritter des Eisernen Kreuzes den Ehrensalut.“

Armer Peter Schtemmli! Doch just dir das passieren mußte. Aber freilich, Lote können sich ja weder wehren noch rächen.

Die neue Bildstelle für Preußen ist jetzt verwirklicht worden. Der preussische Staat hat der Stelle, die in der Bauakademie am Schinkelplatz vorläufig untergebracht ist, die vorerst erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung gestellt, in Zukunft soll sich das nach fünfjährigen Grundbesitz zu leitende Institut aus seinen eigenen Erträgen selbst erhalten. Ihr wurde der Deutsche Kunstverlag angegliedert, der ihre geschäftliche Vertretung nach außen übernimmt. Die Bildstelle bleibt von der Reichsbildanstalt her zu einem Teil eine photographische Anstalt zur Wiedergabe von Kunstwerken im Interesse der gesamten Kunstwissenschaft, aber darüber hinaus erstreckt sie bildmäßige, künstlerische Wirkung in weiteren Kreisen. Eine weitere Aufgabe ist die Schaffung eines Zentralnachweises und eines Gesamt-kataloges der kunstwissenschaftlichen Photographie und die Bildung eines Plattenarchivs großen Stils.

Nehmen Sie doch eine andere! Also antwortete das erzbischöfliche Amt in Prag auf das Gesuch eines Schaffens um Genehmigung der Ehe mit einer Protestantin. Der Bischof, den wir in Stefan Großmanns Tagebuch finden, lautet wörtlich:

„Auf Ihren Antrag beim katholischen Pfarrer in Habelschwerdt in Schlesien zwecks Ihrer Verehelichung mit der Protestantin Auguste Michlan in Habelschwerdt muß Ihnen das bischöfliche Amt in Prag mit tiefem Bedauern mitteilen, daß es infolge der großen Schwierigkeiten nicht möglich ist, die Ehe zu genehmigen.“

G. v. Org. Gen. das bischöfliche Konsistorium.
NB. Der hochw. Herr Bischof läßt Ihnen mitteilen, daß Sie sich eine andere aussuchen, es gibt ja noch so viele andere. gez. I. B.: (Unterschrift), bischöf. Notar.“

Wäuenchronik. Die Volkshäbne und Charlotte Schind haben ihren bis Schluß der neuen Spielzeit laufenden Beitrag in gegenseitigem Einverständnis gelöst.

Im Deutschen Oberhaus werden infolge der Verlängerung der Volkshäbne die Beratungen vom 1. September an in der Regel statt um 7 Uhr erst um 7 1/2 Uhr beginnen.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Dienstag, den 30. August in der Philharmonie, Bernburger Str. 22-23, statt. Beginn 8 Uhr. Programm: Sinfonie Nr. 1 von Beethoven, Konzert Nr. 4 für Violine von J. S. Bach, Ouvertüre zu „Deron“ von Weber, Bratscherkonzert, Solosinfonie und Ungarischer Marsch aus Janáček's Verdonnis von J. S. Bach.

Das Philharmonische Orchester eröffnet seine Winterpielzeit durch ein volkstümliches Konzert am Sonntag, den 4. September, unter Leitung von Prof. Richard Vogel.

Thomae-Mann-Portrait. Der Schuyverband Deutscher Schriftsteller veranstaltet in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen über zeit- und gattungsrechtliche Themen. Als erster wird Thomae-Mann am 10. September im Beethoven-Saal über „Goethe und Tolstoi“ sprechen.

Groß-Berlin

Ein neuer Frauenmord.

Die Kapitalverbrechen häufen sich wieder in entsetzlicher Weise. Während die Lustmorde an zum Teil noch unbekanntem Mädchen im Osten der Stadt ihrer Aufklärung entgegengehen, ereignete sich in der Potsdamer Straße der Raubmord an der Wasseurin Minna Meiners, und nun wird ein neues Kapitalverbrechen gemeldet, daß gestern (Montag) vormittag an der nördlichen Weichselgrenze des alten Berlins auf Pankower Gebiet verübt und bald nach Mittag entdeckt wurde. Sein Opfer ist eine 55 Jahre alte ledige Verkäuferin Emma Neumann, die seit 18 Jahren in dem Hause Schönebergische Straße 42 bei einer Familie Hoffmann im zweiten Stock wohnte und bei einer ihrer Schwestern in der Augsburger Straße 20 in deren Bäckerei tätig war.

Das betagte Fräulein war Jahre hindurch mit Frau Hoffmann, der Ehefrau eines Bauhofsers, sehr befreundet. Seit dreiviertel Jahren hatte sich die Freundschaft in ein ebenso gespanntes Verhältnis gewandelt. Die Folge war, daß Fräulein Neumann, die ein kleines Zimmer neben der Küche bewohnte, heute Dienstag ausziehen wollte. Gestern morgen um 8 1/2 Uhr wollte ein etwa 25jähriger Mann Fräulein Neumann sprechen und erklärte, daß er vom Wohnungsamt komme. Fräulein Neumann bat auch, diesen Mann in die Stube zu führen. Frau Hoffmann ging alsdann aus, um Beforgungen zu machen und kehrte etwa um 12 Uhr zurück. Es erregte ihre Verwunderung, daß die Zimmertür unverschlossen war. Als sie die einzelnen Zimmer kontrollierte, fand sie Fräulein Neumann tot auf dem Fußboden liegen. Ein Ankel steckte in ihrem Munde und die Röde waren bis zum Anis hochgeschlagen. Die Rinde von dem Verbrechen verbreitete sich noch kurzer Zeit in der Umgebung. Die Mordkommission war alsbald zur Stelle. Der Befund läßt auf einen Raubmord schließen. Frau Hoffmann meint, daß die Ermordete auch Geld in ihrer Stube gehabt hätte. Die Stube machte äußerlich den Eindruck der Unordnung. Es kann jedoch nicht festgestellt werden, ob der Mörder die Verhältnisse durchwühlte hat oder ob die Unordnung von den Vorbereitungen zum Mord herrührt. Der Befund der Leiche läßt darauf schließen, daß der Mörder sein Opfer mit Gewalt niedergeworfen hat. Im Wohnzimmer der Hoffmannschen Eheleute sind geringe Blutspuren gefunden worden. Es ist möglich, daß der Mörder die Abwandsche hier überfallen und umgebracht und alsdann erst in ihr Zimmer geschleppt hat. Man nimmt an, daß der angelegte Abgesandte des Wohnungsamts der Mörder ist. Er hat nach der Beschreibung der Frau Hoffmann ein volles Gesicht und einen blonden Schnurrbart, trug einen braunen Jackettanzug und einen hellbraunen Hut mit braunem Bande und führte eine Aktentasche bei sich.

Berlin „W“ in Moabit.

Eine Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Affäre des Fliegers Emil Jeannin, die seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, gelangte gestern vor der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung. Vor einige Zeit vor Beginn der Verhandlung den Korridor vor dem Sitzungszimmer betrat, mußte zu dem Glauben gelangen, daß sich hier eine Filiale der Tauentzienstraße aufgetan habe, denn ein bestimmter Top weiblicher Jugend, teils noch mit Hängebüchsen, dafür aber mit transparenenten Strümpfen und Lackschuhen, postkontrolliert dort auf und ab, in der Hoffnung, Einlaß in den Zuschauerraum zu finden. Diese Hoffnung war jedoch vergeblich, denn wie vorausgesehen war, fand die Verhandlung unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Außer dem Kaufmann und früheren Flieger Emil Jeannin ist die bereits 21jährige Margot Hahn, die Tochter eines Fabrikanten wegen Verbrechens gegen § 176,3 StGB. (Vornahme unzuchtlicher Handlungen an Personen unter 14 Jahren) in drei Fällen angeklagt.

Der Angeklagte Jeannin gilt seit längerer Zeit in der Umgebung des Bayerischen Platzes als ein Mann, der untreuen jungen Mädchen, insbesondere Schulmädchen, nachstellt, die er durch andere Mädchen, die er bereits seinem Willen gefügig gemacht hatte, anlocken ließ, so u. a. auch durch die Angeklagte Hahn, mit der er seit drei Jahren in Beziehungen stand. Im März d. J. sprach die Hahn auf der Straße die damals 13jährige Schülerin Lucie L., die ebenso wie die H. im

Café Sofya, wo sie Jeannin erwarteten. Alle drei fuhren dann in die Wohnung des J., wo sich unter Beteiligung der Hahn die den Hauptfall der Anklage bildenden Handlungen zutrugen. Charakteristisch ist, daß die 13jährige H. zwei Tage darauf allein zu Jeannin ging. Dieser gab ihr wiederholt Beträge von 15 bis 30 Mark. In dem zweiten Fall handelt es sich um eine 13jährige Schülerin Gerda J., die J. ansprach, sie dann in einer Eiskübel mit Schnäpfen traktierte und sich an ihr verging. Der dritte Fall der Anklage betrifft die Schülerin Lucie L., die ebenso wie die H. im

Rote Schulwoche in Neukölln

Eltern, bestreit Eure Kinder vom Religionsunterricht, denn ihr dürft sie nicht länger zu gott-ergebenen Untertanen, zu geduldigen Sklavenseelen erziehen lassen.

ersten Tagesfall den Angeklagten mehrmals freiwillig in seiner Wohnung aufgesucht hat. In einem vierten zur Illustration herangezogenen Fall hatte Jeannin zwei 13jährige Mädchen in einer Eiskübel betrunken gemacht und dann in seine Wohnung verschleppt. Auch diese beiden Mädchen hatten J. dann später wiederholt aus eigenem Antriebe aufgesucht. — Zu der Verhandlung sind vom Verteidiger eine Reihe von Beweisunterlagen gestellt, durch die bewiesen werden soll, daß Jeannin das Alter der Zeuginnen nicht gekannt hat, ferner daß diese sittlich und moralisch völlig verkommenen Mädchen seien, die sich des Nachts auf dem Bayerischen Platz herumtrieben, nach Prostituiertenmännern antraten und mit diesen mitgingen. Schließlich nimmt die Verteidigung Bezug auf das Gutachten des Sanitätsrats Dr. Magnus Hirschfeld und des Assistenzartes Dr. Saaler, daß J. infolge mehrerer Flugzeugabstürze nicht voll zurechnungsfähig sei. Für die Angeklagte Margot Hahn wird geltend gemacht, daß bei dieser, die in völliger sexueller Hörigkeit zu Jeannin gestanden habe, der § 51 Anwendung finde. Hierfür ist der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch als Sachverständiger geladen worden. In seiner Vernehmung bekundet der Angeklagte Jeannin, daß er im Jahre 1912 zwei schwere Flugzeugabstürze gehabt habe, bei denen er schwerwiegende Verletzungen erlitt, die es ihm später unmöglich machten, seinen Beruf weiter auszuüben, da er in Gedächtnis schwand und anderen Störungsercheinungen litt. Er hat ferner gewisse Krankheiten davongetragen, über die er sich in öffentlicher Sitzung nicht äußern will. — Die Angeklagte Margot Hahn trägt eine kurzgeschneidene, sog. Bubifrisur und erklärt dies damit, daß sie eine Krankheit erlitten habe, die Bestrahlungen notwendig machte. Sie hat acht Jahre lang in Paris eine Privatschule besucht, ist dann nach Berlin gekommen, wo sie, da der Vater eingezogen war, bei den Großeltern lebte, die ihr sehr viel freies Spiel ließen, so daß sie sich den ganzen Tag herumtreiben konnte.

Als Sachverständige sind in letzter Stunde noch der Universitätsprofessor Dr. Piepmann und Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann geladen worden. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Rote Schulwoche in Neukölln

vom 29. August bis 4. September 1921.

Organisationen aller Art, die Interesse an der weltlichen Schule haben und in unserem Kampf gegen die Schulreaktion unterstützen wollen, werden um Mitwirkung an unserer Einheitsdemonstration am 4. September, beginnend 10 Uhr vormittags am Rönnepark, gebeten. Angaben an Oskar Gätzel, Neukölln, Jilkestr. 24.

Vereinigte Elternverbände der weltlichen Schulen Neuköllns.

Eine städtische Tuberkuloseheilstätte.

Auf Grund der Erfahrungen über die Freiluft- und Sonnenbehandlung der sog. chirurgischen Tuberkulose, d. h. der Knochen-, Gelenk- und Drüsen-Tuberkulose, die u. a. in der Helianthol-Obenlychen in den letzten Jahren gemacht wurden, wurde in der Deputation für das städtische Gesundheitswesen angeregt, eine Anstalt nach dem Muster von Hohenlychen einzurichten.

Unter Mitwirkung der Chirurgischen Universitätsklinik (Chefarzt Prof. Dr. Bier) wurde vom Berliner Medizinischen Amt der Südteil des Exerzierplatzes in der Eberswalder Straße, der eine zulassungsbefähigte Grasnarbe aufweist, für diesen Zweck ausgemittelt. Es sind drei Baracken vorhanden, die wirtschaftliche Einrichtungen enthalten. Eine Baracke enthält Räume für die ärztliche Untersuchung, in ihr sind auch die Röntgenapparate aufgestellt. Aufgenommen werden Kinder bis zum Alter von 15 Jahren, unter der Voraussetzung, daß sie sich ohne fremde Hilfe bewegen können. Die Kinder verbleiben den ganzen Tag im Ambulatorium. Den wirtschaftlichen Betrieb führt das Hauptgesundheitsamt der Stadtgemeinde Berlin, das sich ein Kontrollrecht über die ganze Anlage vorbehalten hat.

Erwerbslosenfürsorge im Juli.

Ausgangs Juli wurden in Alt-Berlin insgesamt rund 59 500 Erwerbslose (davon rund 43 500 männliche und 16 000 weibliche) unterstellt. Der Abgang an Erwerbslosen betrug rund 19 500 (davon 15 500 männliche und 4 000 weibliche), der Zugang rund 14 000 (davon 10 500 männliche und 3 500 weibliche). Es schieden aus: infolge Arbeitsaufnahme 14 482, Arbeitsverweigerung 47, Fernbleiben von den Geschäftsstellen 927, Ablebens 53, Verheiratung 51, Abwanderung 262, aus sonstigen Gründen 1789. Von den 59 500 Erwerbslosen waren rund 25 500 organisiert. Es befanden sich im Alter: Männliche zwischen 16 und 18 Jahren 746, zwischen 18 und 21 Jahren 5293, über 21 Jahre 37 435 (davon 30 325 verheiratet). Weibliche zwischen 16 und 18 Jahren 211, zwischen 18 und 21 Jahren 1128, über 21 Jahre 14 698 (davon verheiratet 4035, verwitwet 5435). Die Anzahl der Zuschlagsberechtigten betrug rund 49 700. Seit August 1920 und länger waren average Juli noch 5817 männliche und 2136 weibliche erwerbslos. Die Statistik für die Einheitsgemeinde liegt noch nicht vollständig vor.

Spätverkehr der Hoch- und Untergrundbahn. Die Hoch- und Untergrundbahn wird aus Anlaß der späteren Polizeistunde auf ihren Linien den Raumlauf durchschnittlich um 1 Stunde 20 Minuten ausgedehnt. Hiernach fahren die letzten Züge vom Untergrundbahnhof Friedrichstraße nach Charlottenburg und dem Osten um 1.17 nachts, nach Wilmersdorf-Dahlem um 1.02 nachts, nach Nordring um 1.14 nachts. Die letzten Züge verlassen die Endbahnhöfe Nordring 1.01, Wilhelmplatz 12.53, Reichstagsuferplatz 12.48, Thielplatz 12.33, Ullrichstraße 12.57, Warschauer Brücke 12.49, Hauptstraße (Schöneberg) 12.54 bzw. 1.14 (letzterer nur bis Rollendorferplatz).

Die Milchsorten für Oktober 1921 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 12., Dienstag, den 13., und Mittwoch, den 14., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Donnerstag, den 15., Freitag, den 16. und Sonnabend, den 17. September 1921. Ferner gelangen Karten für werdende Mütter (A-Karten), und zwar durch die Profkommission zur Ausgabe. Die A1 und AII Kinderkarten erhalten je 1/2 und die B1 und BII Kinderkarten, sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) je 1/2 Liter Frischmilch täglich. Die auf Milchkarten zu verbrauchende Milch ist zu dem verbilligten Milchpreise von 3 Mk. pro Liter an die Bezugsberechtigten abzugeben. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sind sämtliche Milchsorten an einem Tage zu verabfolgen. Die Inhaber von Milchsorten haben die Oktober-Milchsorten bis zum 26. September 1921 einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Die Milchsorten können in allen A-B-Gem.-Milchgeschäften sowie in sämtlichen Ruhställen zur Anmeldung gebracht werden.

Brotkartenschnitt. In der Woche vom 29. August bis 4. September 1921 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Städt. A. Bertheim, Wäscheverkauf, tragen. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Städt. A. Bertheim, Wäscheverkauf, darf erst von Montag, den 29. August ab, verkauft werden.

Das Verbot der Lichterklame. Der preussische Minister des Innern hat auf Grund von im Reichsministerium des Innern eingelaufenen Mitteilungen, daß einzelne Polizeiverwaltungen trotz des Weiterbestehens der Verordnung über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, Lichterklame genehmigt hätten, noch einmal den nachgeordneten Behörden in einem Erlass an die Oberpräsidenten und den Polizeipräsidenten zu Berlin mit Rücksicht auf die ernste Lage der Rohstoffversorgung die strenge Durchführung der genannten Verordnung besonders zur Pflicht gemacht.

Das Kleid für die Jugendweiche. Für die Jugendweiche das feilliche Kleid zu beschaffen, bereitet den Müttern rechte Sorge, weil

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Er stand auf.
Er trat vor sie hin und schüttelte den Kopf. „Nein,“ sagte er tonlos, „das tue ich nicht.“
Sie starrte ihm grausam mitten in das zermühlte Gesicht. „Siehst du es, daß du feig bist?“
„Ob ich feig bin,“ sagte er mit einem sonderbaren Rollen in der Stimme, „weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß ich es nicht tun werde. Das weiß ich.“
„Aber du weißt eines nicht,“ sagte sie und zog die Worte lang und wollüstig hin, „ob du es auch wirst verhindern können.“
„Wie?“ fragte er wie irr.
Sie fuhr verächtlich mit der Hand durch die Luft. „Du rechnest mit einem, mit ihm. Du denkst, daß er dich rettet, wenn... — Aber gesetzt den Fall, daß ich nicht will? Muß ich denn wollen?“
Er suchte in ihrem Gesicht. Er suchte lang. Allein er fand nicht, was er suchte. Kein Zug des Mitleids war darin. „Du bist... bist entmenscht,“ sagte er heiser.
„Ich bin, wie ich bin,“ rief sie aus, „und du bist, wie du bist! Recht habe ich dich in meiner Gewalt. Ich verfüge über dich. Basta.“
„Was willst du tun?“ fragte er atemlos.
Sie zögerte und kostete jede Phase jeder einzelnen Sekunde aus. Dann sagte sie und berechnete genau den Ton und Klang ihrer Worte: „Ihm vielleicht folgen, wenn...“
„Ja?“
Sie lachte heiser und häßlich. „— wenn er dich d o ch ins Gefängnis bringt, — ja, nur dann!“
Er kniete in den Knien zusammen. „Das könntest du — tun?“ stammelte er.
„Das werde ich tun, — ja!“
„Das könntest du... wirklich tun?“
Sie nielte heftig. „Ja!“
„Warum? — Warum?“
„Weil ich es will, deshalb.“
Sein Gesicht verzerrte sich zu einer Frage. „Was habe ich dir getan? Ist es so viel, was ich dir getan habe?“

„Denke darüber nach, wenn du im Gefängnis sitzt. — ja, denke dann über alles nach!“
„Du löstest mich, — du treibst mich in den Tod!“
„Nein, dazu bist du zu feig... Und wenn!“ Sie lachte. „Es ist schon so mancher gestorben, tröste dich, — auch deinetwegen.“
Er erschauerte und fühlte zugleich, daß sie recht hatte. Gutzeit fiel ihm ein. Und nicht nur Gutzeit: auch alle die anderen... — wer zählte sie!
Nein, es gab kein Verzeihen. Aber gab es nicht ein Entzinnen? Wo war die Masche, durch die er hindurchschlüpfen konnte, durch das Netz, das man ihm übergeworfen hatte?
Er suchte hastig, sah angstvoll nach allen Richtungen, drehte und wendete sich, — aber er fand keine, keine einzige, verstrickte sich nur noch mehr.
Da fiel er vor ihr auf die Knie. „Rette mich,“ flehte er, „Lucie, rette mich!“
Sie betrachtete ihn ruhig, und doch flog ihr Atem. „Du bestehst darauf?“ fragte sie gepreßt.
Er wagte wieder zu hoffen. Seine Worte überstürzten sich. Er umschlang ihre Knie. „Rette mich,“ flüchte er, „ich bitte dich, Lucie, — rette mich!... Nur dieses eine Mal noch! Nur dieses eine Mal!“
Sie wandte sich von ihm weg, stieß mit den Füßen nach ihm. „Geh, geh!“
„Wirst du mir helfen?“
„Ja,“ sagte sie noch härter als zuvor, „ich will dir helfen, — unter Bedingungen helfen...“
„Was verlangst du?“ flammerte er sich an sie.
„Mancherlei. Vor allem das eine: du gehst von hier fort und läßt dich nie mehr blicken... Nie mehr!... Hast du mich begriffen?“
„Ja, ja...“
„Dann zweitens: Du willst in die Scheidung mit mir, — unter einem Vormund, den wir nicht zu suchen brauchen und der keiner ist...“
„Ja, ja...“
„Dann drittens: Du verpflichtest dich, nie mehr nach dem Kind zu fragen, weder schriftlich, noch mündlich, weder persönlich, noch durch Dritte...“
„Aber...“ wimmerte er hilflos.
„Willst du? Ja oder nein?“

„Ich will.“
„Du verzichtest auch darauf, es noch einmal zu sehen, — das ist Bedingung!“
„Ja, ja...“ sagte er matt.
„Gut,“ schloß sie blas, und damit verläßt du mich! Geh! Und behellige mich nie wieder!“
Er stand mühsam auf und sah sie mit einem halben Blick fragend an.
„Du bleibst noch so lange auf deinem Zimmer, als es unbedingt nötig ist,“ befahl sie ihm. „Dann verläßt du das Haus und kommst nie mehr wieder!“
Er griff nach ihrer Hand, aber sie entzog sie ihm zornig. „Geh!“ herrschte sie ihn an.
Er ging.
Er trat in sein Zimmer, und es schien ihm, als sei es eine Totenhalle. Er zog die Vorhänge an den Fenstern zurück und sah, daß der Morgen graute.
Mit einem sonderbaren Laut des Schmerzes fiel er auf den Fußboden hin.
26.
Drei Stunden später sah Behrens, als er in das Zimmer trat, Reiser am Boden liegen. Er war sehr blaß und bengte sich über ihn. Da erkannte er, daß er keinen Bewußtlosen, sondern bloß einen Schlafenden vor sich hatte.
Reiser sah auf und sah Behrens erst nach einer geräumigen Weile zu erkennen. Er stand auf, fuhr sich durch die wirren Haare und lächelte müde. „Ich war übermüht,“ sagte er, sich gleichsam entschuldigend. „Ich habe viel gearbeitet.“
„Aber jetzt sind Sie fertig?“ fragte Behrens sachlich.
Reiser nickte. „Ja.“
„Und wozu haben Sie sich entschlossen?“
Reiser kniff die Lippen zusammen. „Es ist alles erledigt,“ sagte er ruhig. „Ich habe mich mit meiner Frau verständigigt. Wir lassen uns scheiden.“
„Bortrefflich,“ nickte Behrens, „so dachte ich es mir auch.“
Reisers Hand beschrieb einen Kreis. „Nun sind Sie Herr über das alles. Lieber das und noch viel mehr. Auch über meine Frau... Möge Ihnen alles wohl bekommen.“
„Hoffen wir es,“ sagte Behrens trocken.
(Fortf. folgt.)

trotz des spärlichsten Haushaltens in den meisten Familien das Arbeitslohn nur eben für das Notwendigste reicht. Da greift dann häufig die Mutter oder eine größere Schwester zur Nadel, um selber für den ersten und schönen Tag ein Kleid zu arbeiten. Allen denen, die weder Schulung noch Übung für solche Arbeit haben, stellt sich die Vereinigung „Das Arbeits- und Feiertagslohn“ mit der Beratungsstelle in der Königin-Augusta-Straße 21 (Ausstellungsräume der Hausrat-Gesellschaft), nahe Potsdamer Brücke, zur Verfügung und hilft bei der Auswahl des Schnittes, der Einrichtung des Kleides, der Herstellung oder übernimmt diese zu mäßigen Preisen ganz. Die Beratungsstelle ist werktäglich (außer Montags) von 11—6 Uhr geöffnet.

Eine Wasserperre ist auch Bewohnern der Waldsiedlung Lichtenberg angedroht worden, weil das Lichtenberger Wasserwerk sich Sorgen wegen der Verzögerung des gelieferten Wassers macht. Mit der Waldsiedlung Lichtenberg G. m. b. H., die als Unternehmen der Gemeinde Lichtenberg geschaffen wurde, liegen die Siedlungsbewohner schon seit längerer Zeit in Mißverständnissen. In dem schwebenden Prozeß soll auch entschieden werden, ob die Bewohner der Einfamilienhäuser als Mieter oder als Siedler zu gelten haben. Die Waldsiedlung hält nach dem Vertrag die Mieter für verpflichtet, selber die Kosten des Wasserverbrauchs zu tragen, die Siedlungsbewohner aber haben dem Wasserwerk die Zahlung des geforderten Wassergeldzuschusses verweigert. Schließlich hat die Wasserwerksverwaltung angefordert, daß sie bei Fortdauer der Weigerung die Wasserlieferung einstellen werde.

Wir hatten diese Maßregel für unzulässig, aus diesen Standpunkt haben ja in ähnlichen Streitigkeiten auch Berliner Amtsgerichte und das Oberverwaltungsgericht bereits eingenommen. Gewiß verlernen wir nicht die Schwerkraft, in die eine Verwaltung gerät, wenn sie Wasser weiterliefern soll, obwohl die Zahlung ausbleibt. Aber die Lieferung von Wasser durch eine Gemeinde ist eben doch nicht ohne weiteres zu vergleichen mit der Lieferung einer Ware durch einen privaten Händler; denn daran, daß jedem Einwohner jederzeit Wasser zur Verfügung steht, hat aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege und der allgemeinen Feuericherheit die ganze Gemeinde ein sehr starkes Interesse. In der Waldsiedlung Lichtenberg ist die Wasserperre um so weniger nötig, weil die Siedlungsbewohner sofort zahlen wollen, wenn das Gericht gegen sie entscheidet. Sie rechnen allerdings darauf, daß die Entscheidung zu ihren Gunsten ausfallen wird.

Wo gibt es schwarz-rot-goldenes Fahnenluch? Auf vielfache Anfrage aus unserem Leserkreis geben wir als Bezugsquelle für Fahnen resp. Fahnenluch die Berliner Warenhäuser, insbesondere die Firma Rudolph Herbig, Breite Straße, Fahnenabteilung, an.

Infolge eines Sektionsfalls erkrankt am 26. d. M., abends gegen 10 Uhr, beim Baden im Tegeler See der Krankenkasienbedienstete R. u. O. u. a. n. d. e. r aus Niederschönhausen. Die schnelle Bergung der Leiche ist den Bemühungen des Ellenhöblers Otto Bugram, Weddingstraße 8, der sich auch um die Wiederbelebung in hervorragender Weise bemühte, zu danken.

Von einer Mine zerrissen. Gestern nachmittag suchte der 63jährige Arbeiter Hermann Mews aus Reinickendorf, Schornweberstraße 113, auf dem Schießplatz Tegeler See nach Geschossteilen. Dabei trat er mit seiner Spitzhacke eine geladene Mine. Diese explodierte und Mews wurde auf der Stelle getötet und bis zur Unkenntlichkeit zerrissen. Etwa zwei Stunden später fand eine Streife der Schutzpolizei, die den Schießplatz passierte, die furchtbar zugerichtete Leiche des Mews.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Kreisvorstandsmitglieder, Abteilungsleiter und Vertreterinnen der Frauen!

Heute abend 7 Uhr: Sitzung sämtlicher Kreisvorstandsmitglieder, Abteilungsleiter und Vertreterinnen der Frauen in den bekannten Lokalen. Entgegennahme von wichtigen Mitteilungen über die Demonstration am Mittwoch.

Heute, Dienstag, den 30. August:

1. Kreis, Berlin-Mitte. Die angelegte Vorstandssitzung findet nicht statt.
2. Kreis, Tiergarten. Die für heute bei Tempel angelegte Kreisvorstandssitzung findet am 7. Uhr bei Tempel, Tempel, Ecke Tempelstraße, statt. Von 8 Uhr abends erweitert Kreisvorstandssitzung.
3. Kreis, Wedding. Die Kreisvorstandssitzung findet heute abend um 7 Uhr im „Kaiserhof“, Ecke Wilmersdorfer Straße, statt.
4. Kreis, Prenzlauer Ber. Heute abend 7 Uhr Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern bei Frau, Prenzlauer Allee.
5. Kreis, Wilmersdorf. 6 Uhr bei Himmelsberg, Himmelsberg, Ecke Wilmersdorfer Straße, erweiterte Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Aussprache über die Kandidaten. 3. Fortsetzung der Stadt- und Bezirkslisten. Ergeben aller Verbandsmitglieder dringend erwünscht.
11. Kreis, Die Abteilungsleiter, Kreisvorstandsmitglieder und Bezirksleiter treffen sich eine Stunde vor dem Kreisvorstandssitzung bei Himmelsberg, gegenüber der Schule Himmelsberg.
14. Kreis, Neukölln. Heute abend 7 Uhr Kreisvorstandssitzung findet heute abend in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 119, statt.

29. Abt. 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulaula, Genslerstraße 4. Thema: „Die neuen Steuerentwürfe“. Referent: Genosse Heinrich Stöckel.

32. 33. und 34. Abt. Heute abend 8 1/2 Uhr: Ausserordentliche Vorstand- und Funktionärsitzung in den Abteilungslokalen.
35. Abt. Tempelhof. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Schule Werderstraße. Tagesordnung: Bericht von der Kreisvorstandssitzung. — Ferner 7 1/2 Uhr bei Penning, Mantelstraße, 46. Elternversammlung betr. Sussenhöhe.
104. Abt. Niederschönhausen. Die Vorstandsmittglieder und Kreisvorstandssitzung findet am 6 1/2 Uhr im „Eintracht“ in Johannisplatz. Kurze Besprechung und Ausgabe der Delegiertenausweise.
131. Abt. Niederschönhausen. 7 Uhr Sitzung bei Brandt, Kreuzstraße. Tagesordnung: Gruppe Lichtenberg. 6 1/2 Uhr Treffpunkt Bahnhof, Straßen-Sammelung zum Besuch der Trappener Steinworte.

Morgen, Mittwoch, den 31. August:

2. Kreis, Tiergarten. 7 Uhr Kreisvorstandssitzung in der Aula der Dortheimstraße, Wilhelmshagenstraße 2. Umfängliche Erörterungen notwendig.
25. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgerheim, Ecke Schönhauser Straße 23/24. Thema: „Die organisierten wie die Wahlkampfsitzungen aller Genossen und Genossinnen unbedingt erforderlich.“
30. Abt. Die Delegierten sind in folgenden Lokalen statt: A. Höper, Stargarder Str. 19; B. Carl, Wilmersdorfer Str. 6; C. Pösch, Pappel-Wege 80; D. Schulz, Krenzowstr. 1. Ergeben aller Genossen unbedingt erforderlich.
34. Abt. Charlottenburg. 5. Gruppe: 7 1/2 Uhr Jahrelang bei Wilmersmann, Schinkelstr. 29.
68. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Wilmersdorfer, Wilhelmshaus 114/115. Thema: „Die Republik in Gefahr!“ Referent: Dr. Walter Sedlin.
- Reinickendorf. 7 Uhr Elternversammlung in der Aula der Realschule, Bobbinstraße. (Versammlung für die 13. 14. weltliche Schule Pflanzstraße.) Tagesordnung: „Unsere Schulen in Gefahr!“
104. Abt. Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr im Lokal Schöps, gemeinsamer Jahrelang. Umfängliche und vollständige Erörterungen erforderlich.
125. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Dortheimstraße, Berliner Allee 110. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen.“ Ref. Dr. Himmelsberg.
136. Abt. Reinickendorf-Öst. Der Jahrelang 1931 aus wegen der Demonstration. Treffpunkt zur Demonstration 4 Uhr am Seebad.

Frauenvorstellungen am 31. August:

17. Kreis, Lichtenberg. 7 1/2 Uhr im Gärtenhaus, Lichtenberg, Rathausstraße. Referent: Genossin Schellenberg.
- Charlottenburg. 31. Abt. 7 1/2 Uhr bei Himmelsberg, Sophie-Charlotte-Str. 78. Vortrag der Genossin Frau Kegelersgenet Maria Krause-Köster: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen.“ Gäste willkommen. — 33. Abt. 7 1/2 Uhr bei Frau, Mantelstr. 1. Thema: „Die Wilmersdorfer Stadtverordneten die wirtschaftlichen Bedürfnisse beeinflussen.“ Ref. Stadtverordnete Herrschaft. Gäste und Parteimitglieder willkommen.
33. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Frau, Mantelstr. 30. Thema: „Kommunal-Frauengruppen.“ Ref. Gen. Marxquardt.
4. Kreis, Seefischer Ber. Die Kreisvorstandssitzung findet am Freitag, den 2. September, statt.

Wetter bis Mittwoch mittag. Etwaß kühl, überaus heiter, aber veränderlich bei mäßigen westlichen Winden. Im Röhregebiet leichte Regenschauer.

Tagung der Mietvereinigungsämter.

Im alten Stadterordnetenitzungsaal zu Dresden begannen Freitag die auf drei Tage berechneten Verhandlungen des Kongresses Deutscher Einigungsämter, denen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der sächsischen Ministerien des Innern und der Justiz und des bayerischen Sozialministers beiwohnen. Die außerordentlich stark besuchte Tagung wurde von Stadtrat Brumbö (Berlin) mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er hervorhob, daß die Anwesenden sich freihalten sollten von den Fesseln einseitiger Wirtschaftsorganisation und der Parteipolitik. Nur das eine Interesse an der Wahrheit sollte alle beherrschen. Die Tatsache, daß die Tagung zwischen den Verbandstagen der Hausbesitzer- und der Mieterorganisationen stattfände, sollte dafür symbolisch sein, daß diese Ämter über diesen Organisationen stehen müssen.

Oberbürgermeister Blüher begrüßte namens der Stadt Dresden den Kongress und wies dabei auf die Bedeutung der Einigungsämter und deren Verantwortung hin. Nachdem dann noch die Vertreter der Reichs- und Landesbehörden Begrüßungsworte unter Hinweis auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Tagung gesprochen hatten, kam es zu einem

Zwischenfall.

Von Mieterbeisitzern der feierlich-jubiläumlichen Richtung wurde zur Geschäftsordnung das Wort verlangt und die sofortige Wahl eines paritätisch zusammengesetzten Präsidiums (je ein Beisitzer der Mieter und Vermieter) gefordert, das die ordnungsmäßige Geschäftsführung garantiere. Schließlich wurde der unerquicklichen Debatte aber dadurch ein Ende bereitet, daß die vorläufige Leitung des Kongresses gegen die Wahl je eines Vertreters der Mieter und Vermieter nichts einzuwenden hatte. Darauf wurde als Mietervertreter Lange (Berlin) gewählt; die Vermietervertreter erklärten, daß sie auf eine Vertretung im Präsidium verzichteten. Gewerbegerichtspräsident Held (München) suchte die Kampfstimmung, die unvermeidbar zutage getreten war, dadurch zu meistern, daß er erklärte: Wir sind hierher gekommen, um zu lernen, und wollen rein sachliche Arbeit leisten. Die Vorsitzenden der Einigungsämter wollen durch Zusammenschluß eine neutrale Stelle schaffen. Die beiden größeren Organisationen der Mieter und der Hausbesitzer haben die Möglichkeit und benutzen sie auch, bei der Zentralfeste einzugreifen und zu Worte zu kommen. Die Vorsitzenden der Einigungsämter wollen auf neutralem Boden den Vertretern der beiden Organisationen Gelegenheit geben, ihre Wünsche vorzubringen.

Den ersten Vortrag über

Charakter und Zukunft der Einigungsämter

hielt Stadtrat Brumbö (Berlin). Der Charakter der Einigungsämter schwankte sehr merkwürdig. Man weiß in rechtlicher Beziehung nicht, wie man sie behandeln soll. Die notwendige Klärung müsse man der künftigen Gesetzgebung überlassen. Das Einigungsamt ermittle frei, was billig ist, was sich zum Ausgleich zwischen den streitenden Parteien eignet. Erst wenn eine billige Entscheidung nicht getroffen werden könne, komme es zu einer trennenden Entscheidung. Während z. B. die Kündigung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch formgerecht sein müsse, verlange die Mieterschutzgesetzgebung, daß sie auch materiell ist. Das Bürgerliche Gesetzbuch sei also erweitert worden. Geschieht es, obwohl man eine Mieterschutzgesetzgebung habe, nicht der Mieter, sondern der sozial mehr Berechtigte. Ebenso sei in die Wohnungsgesetzgebung die Bestimmung eingeschoben worden, daß die Untervermietung nur aus zwingenden Gründen verboten werden kann. Das Einigungsamt sei, soweit es sich um die Mieterschutzgesetzgebung handle, Organ der Sonder-Zivilgerichtsbarkeit, soweit die Wohnungsmangelordnung in Frage komme, Organ der Verwaltungsjustiz. Das Einigungsamt stehe über dem Wohnungsamt und bestimme es eine Verfügung des Wohnungsamtes, so müsse letzteres auch in die Lage versetzt werden, seine Verfügung mittels polizeilichen Zwanges durchzusetzen. Das Wohnungsamt werde rechtlich kontrolliert durch das Einigungsamt. Man habe also sehr richtig die Kontrolle über das Wohnungsamt einem besonderen Gericht mit fachkundigen Laienbeisitzern übertragen, bei deren Wahl man ausschließlich auf die Wiederkeit und Intelligenz sehen sollte. Von Parteipolitik sollten sich die Beisitzer freihalten. Mit der gesetzlichen Bestimmung der Unanfechtbarkeit der Entscheidungen habe der Gesetzgeber etwas Endgültiges schaffen wollen. Mit diesem unantastbaren Zuge verträge sich freilich nicht das Wesen der Verwaltungsbehörde. Den Einigungsämtern müssen, weil sie Justizorgane sind, auch die

Attribute der Unabhängigkeit

beigelegt werden. Auch die sächsischen Behörden vertreten den Standpunkt, daß die Einigungsämter Verwaltungsbehörden sind, daß deren Entscheidungen zwar unanfechtbar sind, daß aber die Aufsichtsbehörden berechtigt seien, die Entscheidungen aufzuheben, wenn Fehler begangen oder Befehle verletzt worden sind, und die Befugnisse der Einigungsämter zu beschränken. Demgegenüber vertritt der Referent den Standpunkt, daß die Aufsichts- und Anstellungsbehörde zwar ein Aufsichtsrecht habe, vom Geschäftsgang Kenntnis und die Beamten des Einigungsamtes zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten dürfe, weiter aber nichts. Der Unabhängigkeit gegen unten müsse eine solche gegen oben entgegengesetzt werden. Zu den Attributen der Sondergerichtsbarkeit gehöre auch, daß den Mitgliedern derselben eine gewisse Amtsdauer zugesprochen wird (wie bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten), daß ein geordnetes Disziplinarverfahren eingeführt werde, und die Vorsitzenden ständige polizeiliche Befugnisse erhalten.

Die Zuziehung von Fachleuten habe sich so bewährt, daß das Einigungsamt als Laiengericht beizubehalten sei. Die Beibehaltung der Einigungsämter entspreche auch der pazifistischen Tendenz der heutigen Zeit. Die Zwangswirtschaft werde in absehbarer Zeit nicht aufgehoben werden können, weil die Mieterschaft zum Neubau erhalten müsse.

(Leh. Fort. hört.) Der Staat brauche die Kraft der Hausbesitzer, deshalb müsse der Stand der Hausbesitzer geklärt und unterstützt werden. Aus der Mieterschaft müssen die Zinsen und Zinsen eines Bau-Milliarden-Kapitals herausgezogen werden. Die Frage sei nur die, wie man das Vertrauen der Geldgeber erwerbe. Ihre Lösung erblicke der Redner durch vorzugsweise Sicherstellung des benötigten Kapitals in Form von Zwangs- und Sicherheitshypotheken.

Der zweite Verhandlungstag geht mit einer verständlichen Note ein. Von den Vertretern aller drei Gruppen (Vorsitzende, Mieter und Vermieter) wurden Erklärungen des Inhalts abgegeben, daß sich die einzelnen Interessensorganisationen dahin geeinigt haben, gemeinschaftlich und in Eintracht weiter zu arbeiten. Damit dürfte der erste Schritt getan sein, die Einrichtung einer Vereinigung der Einigungsämter als dauernde Veranstaltung beschließen zu lassen. Zunächst sprach Amtsgerichtsrat Dr. Luy (Berlin) über

die Forderungen an die neue Mieterschutzgesetzgebung.

Er legte einmütig seiner Ausführungen dar, daß die Einigungsämter Kriegeklinder zum billigen Ausgleich der Interessen sind. Überdies seien sie doch von den Städten zunächst zum Schutze der Vermieter ins Leben gerufen worden, weil diese vielfach bei Kriegsbeginn keine Mieten mehr bekommen konnten und vom Hypothekengläubiger bedrängt wurden, so daß sie die Steuern oft nicht zahlen konnten. Mit der Entstehung des Wohnungsamtes hätte sich das Bild geändert. Die Einigungsämter seien Ämter zum Schutze der Mieter geworden. Diese Aufgabe hätten sie gut erfüllt, vielleicht sogar zu gut, denn sie hätten die Mieten so niedrig gehalten, daß die Häuser einfach anfangen zu verfallen. Da die Mieter nicht nur das Interesse hätten, recht billig zu wohnen, müsse der bisherige

nur auf billige Mieten eingestellte und deshalb etwas kurzlichige Mieterstand in einen weitläufigen Mieterstand umgewandelt werden, der dafür sorgt, daß die Mieteinnahmen genügen, um die leider ins Ungewöhnliche gewachsenen Hausgebühren zu tragen, die auf den Häusern ruhenden Kapitalen zu verzinsen und dem Vermieter eine billige Entschädigung für seine Verwaltungsmühe abzuwerfen. Denn der Hauswirt sei nun einmal der billigste Steuereinnahmer, der umsonst für den Staat arbeite und obendrein für die Steuereinnahmen persönlich haften. Deshalb müsse sich ihn der Staat erhalten. Mehr als das dürfe dem Mieter aber nicht auferlegt werden.

Die Amtsgerichte eignen sich nicht für eine Angliederung der Einigungsämter. Die Amtsgerichte haben nach Recht und Gesetz zu entscheiden, das Einigungsamt hat dagegen einen billigen Ausgleich zwischen Recht und Gegenrecht zu suchen. Der Gesetzentwurf über Mieterschutz und Einigungsämter schlaue zwar eine Angliederung an die Amtsgerichte nicht vor, damit sei die Sache aber keineswegs erledigt, denn man beschäftige sich mit der Schaffung von Kündigungs- und Räumungsfragen beim Amtsgericht. Das würde aber den Beginn der Ausschöpfung der Einigungsämter bedeuten. Dann wäre es schon besser, man würde die Einigungsämter in vollem Umfange an die Amtsgerichte angliedern. Jedenfalls müßten sie unter Beibehaltung des Laienelements übernommen werden. Die Bestimmung der Einigungsämter habe sich bewährt, sie könne höchstens ausgebaut werden. Die Unabhängigkeit der Vorsitzenden wie der Beisitzer müsse unbedingt sichergestellt werden.

Die Aussprache über die Vorträge wurde mit der über den letzten vom Stadtrat Brumbö gehaltenen verbunden. Ein Vertreter des sächsischen Justizministeriums bezeichnete es als eine vornehme Aufgabe, das Wohnrechts- und Billigkeitsrecht auszubauen. Die Einigungsämter bildeten dazu eine wertvolle Handhabe. In diesem Punkte erhebe ihm deshalb die

Angliederung der Einigungsämter an die Amtsgerichte

natürlich unter Beibehaltung des Laienelements sehr wünschenswert. In zwei Ländern, Hamburg und Bremen, sei der enge Anschluß bereits durchgeführt. Mogen seien von dort nicht eingelaufen. (Lachen.) Auch aus finanziellen Gründen empfehle sich die Angliederung der Einigungsämter an die Amtsgerichte. Nach einer oberkündlichen Schätzung verurteilten die Einigungsämter im Deutschen Reich einen jährlichen Aufwand von mindestens 250 Millionen Mark. Ferner sprächen Gründe der Rechtssicherheit für einen solchen engen Anschluß. Mit einem zweifelhaflichen Verfahren beim Mieterschutzamt werde sowohl in Rasse zu rechnen sein. — Die Ausführungen des Redners fanden bei einem großen Teil der Versammlung entschiedenen Widerspruch.

Am Nachmittag behandelte als erster Redner Kreispräsident Dr. Hauswald (Halle)

Die Gebührenfrage.

Gegenwärtig sei das Verfahren grundsätzlich gebührenfrei. Nur wenn die Anrufung des Mieterschutzamtes notwendig erlaßt ist oder die Bedeutung der Sache es angemessen erscheinen läßt, könne Gebührenerhebung erfolgen. Die Praxis, daß nur in besonders schweren Fällen eine Gebühr erhoben wird, habe sich längst überholt. Die Finanzkraft der Gemeinden erfordere es kategorisch, daß man Gebühren erhebt, wo es notwendig ist; natürlich dürfe dabei nicht einseitig verfahren, also nicht bloß der Hausbesitzer belastet werden. Nicht ohne Grund habe die Mieterschutzgesetzgebung den alten Grundbuch in der Zivilprozedur abgeändert, daß der Prozeßverlierer auch die Kosten zu bezahlen hat, verlassen. Wenn z. B. der Hauswirt mit seinem Antrage auf Kündigung abgewiesen wird, so habe davon der Mieter den Vorteil, denn er erspare die großen Aufwendungen für den Umzug. Deshalb sei es nur billig, wenn ihm die Kosten wenigstens zu einem Teile auferlegt werden. Neben dem Recht müsse die Pflicht zur Gebührenerhebung gesetzlich festgelegt werden. Auch für die Inanspruchnahme des Wohnungsamtes müßte eine Gebühr erhoben werden. — Seine Ausführungen fanden teilweise recht lebhaften Widerspruch.

Es folgte ein Referat des Gewerbegerichtspräsidenten Held (München) über das Recht der Beisitzer und eines des Beigeordneten Dr. Ruggers (Essen) über

Die Frage der großen Reparaturen.

Der Vortragende forderte grundsätzlich, daß jedes Haus sich selbst erhalten müsse, daß also der Mieter solche Reparaturen leisten müsse, die sämtliche öffentlichen und privatrechtlichen Lasten zu decken in der Lage sind und dazu ausreichen, die laufenden und die großen Reparaturen zu bewerkstelligen. Die Befreiung und Befreiung des Vorfalls der Wohnungen sei zurzeit die wichtigste Frage, die der Neubehaltung von Wohnungen an Bedeutung nicht nachstehe. Die Mittel hierfür müßten, um eine ungleiche Belastung der Vermieter und Mieter zu vermeiden, von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Dies sei möglich durch eine bevorzugte Hypothekensatzung, deren Verzinsung und Tilgung aus allgemeinen Mitteln gewährleistet sein müsse. Eventuell müßten dazu öffentliche Mittel wie bei den Darlehen zu den Neubaufkosten bereitgestellt werden. Die erforderlichen Mittel für Verzinsung und Tilgung dieser öffentlichen Mittel sind nach dem Vorschlage des Referenten durch Einführung einer besonderen öffentlichen Zweckabgabe oder durch Ausbau der bereits vorhandenen Wohnungsabgabe aufzubringen. Um das angestrebte Ziel bald zu erreichen, sei die Senkung einer Frist von einigen Jahren, innerhalb deren nur die Hypothek eingetragen werden kann, und im Wege der Wohnungsaufsicht die Annahme der Reparaturen erzwingen werden muß, erforderlich.

Wirtschaft

Einwirkung der Valuta auf den Preis.

Der Valutastand, der die Lebensmittel und Rohstoffe verteuert, begünstigt auf der anderen Seite die Warenausfuhr. Schon ist die allgemeine Preisunterbietung durch deutsche Waren wieder im Gange. Das ist eine große Gefahr insofern, als er diejenigen Staaten, die für uns als Absatzgebiete in Frage kommen, zu Abwehrmaßnahmen und Schutzzöllen reizt. Leider ist die Zahl der industriellen Fachverbände, die diese Gefährdung der deutschen Ausfuhr erkennen, gering. Um so bemerkenswerter ist eine Mitteilung der Außenhandelsstelle der Elektrotechnik, die die Verhältnisse richtig kennzeichnet, und die wir daher ausführlich wiedergeben.

Der Kursstand der Mark wirkt auf die Erzeugerpreise ein. Das ist heute allgemein bekannt. Der Preis einer Ware bewegt sich in gleicher Form wie der Kursstand, nur eilt er um eine gewisse Zeit nach.

Als Anfang 1920 die deutsche Mark sehr stark sank, folgten die Warenpreise nur langsam nach. Als die Mark Mitte 1920 einen verhältnismäßig hohen Stand erreichte, sanken die Warenpreise nicht so schnell, wie es dem Geldstand entsprechen hätte müßte.

Zurzeit befindet sich die Mark wieder im starken Sinken. Es können mithin auf sehr weiten Gebieten die gleichen Verhältnisse wie Anfang 1920 beobachtet werden, d. h. der deutsche Inlandspreis bleibt hinter dem Weltmarktpreis erheblich zurück. Diese Preisspanne regt natürlich zu einem verstärkten Außenhandel an. So erwünscht ein solcher härterer Außenhandel gerade jetzt zurzeit der schlechten Beschäftigung ist, so nachteilig wirkt jedoch der Verkauf zu Preisen, die weit unter den Weltmarktpreisen liegen, auf die Marktlage im Ausland und auf das Verhältnis zu den ausländischen Staaten. Die inzwischen eingetretenen starken Zollerhöhungen liefern hierfür den Beweis. Es muß daher das Bestreben des deutschen Exporteurs sein, den Preisschwankungen zu folgen und bei sinkendem Markstand höhere Preise zu fordern bzw. von vornherein in ausländischer Währung zu verkaufen. Da jedoch eine große Reihe von Händlerfirmen in dem Bestreben, die augenblickliche Lage für sich

auszunutzen, nicht nachfolgt, so verlangen die beteiligten Kreise einen stärkeren Ausfuhrschutz. Es machen sich daher auf den verschiedensten Gebieten Bestrebungen bemerkbar, um die gemilderten bzw. geforderten Ausfuhrbeschränkungen wieder zu verschärfen und anzuziehen.

So wird von Seiten der Industrie von elektrischen Leistungen die Wiedereinführung der Lieferwerksbeschränkung gefordert. Zurzeit spielt sich im Inlande ein Preiskampf verschiedener Gruppen ab. Es liegt natürlich keine Veranlassung vor, das Ausland an diesen niedrigen Preisen teilnehmen zu lassen. Verhindert könnte die billige Ausfuhr durch die Lieferwerksbeschränkung ohne Zweifel zum guten Teil werden.

Ebenso verlangt die Industrie der galvanischen Elemente und Trockenbatterien einen erhöhten Schutz, da augenblicklich die Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreis erheblich ist. Auch hier werden sich in der nächsten Zeit die in Betracht kommenden Kreise mit der Frage zu befassen haben, welche Maßnahmen zur Verhinderung der Schleicherausfuhr ergriffen werden können.

Deutsch-italienisches Wirtschaftsabkommen.

Sonntag nachmittag 5 Uhr ist im Auswärtigen Amt im Arbeitszimmer des Staatssekretärs von Daniel ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen mit Italien unterzeichnet worden.

Kaufpreiserhöhungen. Am Sonnabend hat der Reichskalkulator mit Zustimmung der beteiligten Ministerien beschlossen, die Kaufpreise durchschnittlich um 35 Proz. heranzusetzen. Der Beschluß erfolgte einstimmig. Die Landwirtschaft kann diese Erhöhung der Preise für künstliche Düngemittel nach der Steigerung der Getreidepreise leicht ertragen.

Englands Petroleuminteressen in der Türkei. „Sunday Express“ meldet, daß in der neuen Organisation der türkischen Petroleumkompanie die englischen Interessen eine beherrschende Rolle spielen. Von den Aktien der türkischen Petroleumkompanie übernehme die britisch-persische Kompanie (britische Regierung) die Hälfte und die englisch-holländische Royal Dutch Shell Korporation und die französische Regierung je ein Viertel. Wenn die Franzosen auf ihren Anteil verzichten wollten, würden die französischen Aktien zu gleichen Teilen auf die englischen und holländischen Interessenten verteilt werden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Rpt. 121 68-18.

Am Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr:

Banken. Jugendheim Breite Str. 32 (Eingang Finanzamt), Diskussionsabend. — **Reinhold-Dt.** Jugendheim (Kinderdorf), Rednerische Wettbewerbsveranstaltung. — **Schöneberg I.** Jugendheim, Rednerische Wettbewerbsveranstaltung. — **Wilmersdorf.** Jugendheim Koblentz Straße (Schule, Untere Turnhalle), Vortrag: „Arbeiterjugend und Partei“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verenigte Elternräte der weltlichen Schulen Neuköllns. Vollerversammlung Dienstag, den 30. August, 7 Uhr, 2. Gemeindefschule, Bobbinstraße, Reichensdorf, 4 Treppen. — **Allgemeiner Märkischer Landvolkbund „Die Heimatwandler“.** Mittwoch, den 31. August, im Restaurant „Zum Alexandriner“, Wendenbühlstr. 11a, Pausenbesprechung. Tagesordnung: Satzungsänderung, Verschiedenes. Die Anmeldungen zum Heimatwandlerzug in Brandenburg, der am 17., 18. und 19. September stattfindet, sind schon jetzt zu richten an: Arthur Brandel, Berlin, Götterstr. 39, Tel.: Amt Kottbusch 15 605. — **Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin, S. O.** Der zweite Vortragsabend über die Lehren der inneren Weisheit findet am Dienstag abend, nämlich 7 Uhr, im Leibniz-Oberrealschulsaal, Charlottenburg, Schillerstraße 155/157 (Fernsprechung Zoologischer Garten oder Knie) statt. — **Stenographischer Verein „Stalke-Schrey“.** Vorträge für Damen und Herren Dienstag 7 1/2-9 1/2 Uhr in der 130. Gemeindefschule, Gartenstr. 107a.

Aus aller Welt.

Die Katastrophe des „ZR 2“.

Die Bergung der Leichen und das Aufräumen der Unglücksstätte vollzieht sich unter den größten Schwierigkeiten. Ein amerikanischer Offizier, Brown, der sich im Augenblick der Katastrophe an Ort und Stelle befand, beteiligte sich als erster in heroischer Weise an den Rettungsarbeiten. Er warf sich ins Wasser, tauchte unter, um die Flammen zu vermeiden, und es gelang ihm, zwei Leichen zu landen. Eine große Zahl von Schleppern sucht den Humber ab. Die Rettungsarbeiten nehmen auch des Nachts bei Gasleuchtbeleuchtung ihren Fortgang. Die Mehrzahl der Berungungsarbeiten dürfte sich noch unter den Trümmern unter Wasser befinden. Um sie bergen zu können, muß zunächst die Ankunft von Spezialgeräten abgewartet werden. Sehr wahrscheinlich wird die Zerstückung des „ZR 38“ den amerikanischen Kongreß noch beschäftigen anlässlich der Beratungen über die Kredite für den Aus-

bau der Aeronautik. Der Minister für Flugwesen hat eine Untersuchungskommission bestellt, der auch der amerikanische Marineattaché in London angehört. Die Kommission ist am Sonnabend erstmals zusammengetreten. Das Luftfahrtministerium gibt zu, daß das Schiff in seinem Aluminiumgerippe fehlerhaft war und Reparaturen notwendig hatte. Es verdient erwähnt zu werden, daß fünf Mitglieder der amerikanischen Besatzung in den letzten Tagen englische Mädchen geheiratet hatten, die auf Dampfern nach Amerika vorausfahren. Vor dem Luftfahrtministerium spielten sich herzerregende Szenen ab, als die Verwandten der Verunglückten Nachrichten einholen wollten.

Ein Barakengefängnis bei Hamburg wird errichtet, denn die hunderttausend Strafgefangenen sind überfüllt. Es wird der sofortige Bau eines Barakengefängnisses in Puhlebüttel für nötig gehalten. 11 Holzbarakens sollen 500 Gefangene aufnehmen können. Kosten 8 500 000 M. Dafür sind neue Beamte erforderlich: 1 Anstaltsleiter, 1 Vertreter und 8 Gefängnisoberwachmeister. Der Senat hat die Bürgerpflicht um die Bewilligung der genannten Summe und der erforderlichen Beamtenstellen erucht.

Ein schwerer Autounfall hat sich Sonntag vormittag auf der abfälligen Straße Herrndorf-Rittau an einer Kurve angefahren. Der Fabrikant Dr. Adler aus Senftenberg (Niederlausitz) passierte mit Frau und Kind diese gefährliche Stelle, wobei das Auto verunfallte infolge Verlangens der Bremse in voller Fahrt gegen das Brückengeländer anrannte. Das Fahrzeug wurde völlig zertrümmert und die Insassen wurden hinausgeschleudert. Dr. Adler flog unter dem Geländer hindurch in den über acht Meter tiefen liegenden Bach und trug so schwere Verletzungen davon, daß er sofort nach seiner Einlieferung in das Rittauer Stadtkrankenhaus starb. Frau Adler sowie ihr kleiner Sohn und der Kraftwagenführer erlitten leichtere Verletzungen.

Der Mostauer Brand. Die Meldungen über katastrophale Brandschäden in Mostau treffen nicht zu. Der in der vorigen Woche ausgebrochene Feuersbrand hat lediglich das an der Peripherie der Stadt belegene Alexejew-Balkhaus und weitere 20 Häuser zum Opfer gefallen. In Mostau ist der erste Diebesgabendzug aus Kopal eingetroffen, der große Mengen von Lebensmitteln und Kleidung enthält. Ferner sind 230 Tonnen Lebertran und 130 Tonnen Kakao für die hungernden Kinder des Wolgarebietes von der Hoover-Organisation angelangt.

Am 25. August entschloß nach länger, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Gewerkschaftsangehörte

Ludwig Zeise

In langjährigem Zusammenwirken durften wir uns seines Pflichterfüllens und seiner besten persönlichen Charaktereigenschaften als Kollegen und Mitarbeiter erfreuen, bis ihn vor einigen Monaten Krankheit zur Unterbrechung und schließlich Aufgabe seiner Tätigkeit zwang.

Der Verstorbene, in dem wir einen treuen Kollegen, einen vorbildlichen proletarischen Kämpfer verlor, hat sich stets mit größtem Fleiß und Interesse der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit gewidmet.

Er war ein vorbildlicher Kämpfer.

Wir werden das Gedächtnis seines Namens stets in Ehren halten.

Berlin SO 16, den 29. August 1921.
Gewerkschaftshaus

Die Angestellten des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Bezirksverwaltung Groß-Berlin
Die Bezirksverwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes
Die Einäscherung findet am Mittwoch nachmittag 5 Uhr im Krematorium Gerichtsstr. statt.

Bezirksverband Berlin SPD.
15. Abteilung
Am 27. August verstarb nach langem schwerem Leiden unser Genosse

Bernh. Ebersbach

Krausenstr. 3
Seine letzten Stunden! Die Beerdigung findet am 31. August nachmittags 4 1/2 Uhr, im Waisenhaus auf dem Waisenbühlhof statt. 341/47
Hohe Beteiligung erwünscht.
Die Abteilungsleitung.

Infolge Unfalls verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Genosse

Emilie Gehrmann

geb. Jahn.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. August nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Friedrichsriederfelds Kirchhof, Vergamannstraße, aus statt.

Bezirksverband Berlin SPD.
121. Abteilung Karlsruh.
Unser Genosse

Julius Pielenz

Karlsruh. Krausenstr. 25, 11. 11. 11.
Seine letzten Stunden! Die Einäscherung erfolgt am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Dammgrabenweg.
Wir vermissen in ihm einen tüchtigen Genossen und erwünschten jährlichen Teilnehmer.
Die Abteilungsleitung.

Die Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn ist in der 3. Auflage von Rudolf Wisensitz

Führer durch das Reichseinkommen-Steuergesetz

berücksichtigt.
Preis M. 2,50 u. 20% Leicht.
Buchhdlg. Vorwärts Lindenstr. 2

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Filiale Berlin.

Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, in den Kluiserjalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird vollständiges und pünktliches Erscheinen erwünscht. In Betracht der sehr wichtigen Demandschaften hat die Versammlung erst um 8 Uhr statt. — Mitgliederbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband Filiale Berlin, Sebastianstr. 57/58.

Berichtigung!

In der Versammlungsanzeige vom Sonntag, den 28. August, muß es richtig heißen:

Herren- und Knabenkonfektion.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Groß-Berlin = Sektion Staatsbetriebe

Die für Mittwoch, den 31. August, einberufenen Funktionsversammlungen der Staatsarbeiter sind in Anbetracht der im hiesigen Tage stattfindenden politischen Demonstration aus und findet am gleichen Ort

Freitag, den 2. September, abends 6 Uhr statt.

Die Sektionsleitung.

Wintelhausen

1846 • Jubiläums-Brand • 75 • Die deutsche Weinbrandmarke • 1921

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 186, 1295, 1097, 9714

Tonnerstag, den 1. September, abends 7 Uhr, in Boetker Festsaal, Webersstr. 17:

Branchen-Versammlung aller Schmiede, Hammer, Presse- u. Kranführer, sowie der Karosseriehandwerker, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind.

Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Witz über Sommerurlaub und das russische Proletariat. 2. Die Feuerungsanlage in den Zinnwerkstätten. 3. Brandangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Berlin)

Am Donnerstag, den 1. September, abends 8 Uhr, findet in den Sophienjalen, Sophienstr. 17/18, eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Überwachung vom zweiten Quartel 1921. 2. Bericht über die Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie. 3. Verbandangelegenheiten.

1919 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung

betreffend die

Wahlen zum Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof

Gemäß § 23 der Wahlordnung loben wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zur Erneuerung der Wahl der Vorstandsmitglieder. Es sind zu wählen von Seiten der **Arbeitgeber**: 3 Vorstandsmitglieder und 5 Ersatzmitglieder; von Seiten der **Arbeitnehmer**: 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmitglieder.

Die Wahl erfolgt für die Arbeitgeber am Mittwoch, den 12. Oktober 1921, von nachmittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr, im Sitzungssaal der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, Theodorstr. 5a;

für die Arbeitnehmer am Donnerstag, den 13. Oktober 1921, von nachmittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr, im Sitzungssaal der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, Theodorstr. 5a.

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Die Wahlperiode läuft vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1925.

Die Vertreter im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge — gefordert für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer — aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstand spätestens bis zum 13. September 1921 einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig. Für die Wahlvorschläge gilt § 7 der Wahlordnung entsprechend, jedoch genügt für die Wahlvorschläge die Unterschrift von drei Wahlberechtigten, von denen ein dem Vorstand ein Wahlberechtigter sein muß ein Stellvertreter derselben zu bezeichnen. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihe ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien-, Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Kassenmitgliedern ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Ferner ist mit den Wahlvorschlägen für Kassenmitglieder von jedem Kandidaten der Wahl bereit zu sein. Bei den Wahlberechtigten ist der Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgezeichneten Bewerber nach § 7 der Wahlordnung zur Teilnahme an der Wahl berechtigt ist.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge werden von dem unterzeichneten Vorstand nach der Reihenfolge ihres Einlangens mit Ordnungsziffern versehen, welche mittels öffentlicher Bekanntmachung mitgeteilt werden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur zwei wählbare Bewerber genannt, wird der Wahlberechtigte zu wählen sein, so gelten sie gemäß § 9 und 25 der Wahlordnung als gewählt.

Die ungelassenen Wahlvorschläge können von den Wählern im Rahmen der von 8 bis 1 Uhr eingehenden werden.

Berlin-Tempelhof, den 27. August 1921.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof
Paul Köllmer Carl Schilling
1. Vorsitzender Schriftführer.

In der Morgenstunde

Damenhemden aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang u. mit Aermeln M. 17	13 00	Herrenunterhosen graues Trikotgew. in allen Größen M.	4 00
Damenhemden aus walse. Hemdentuch in gut. Friedeanaqual. M.	24 00	Herrenunterhosen gutes, schwarzes Trikot-Gewebe . . . M.	8 00
Damen-Reformhosen blau, in schwerer Qualität, f. Herbst und Winter M.	35 00	Herren-Unterhosen walse Nessel, vorzügliche Ware . . . M.	13 50
Damen-Handschuhe Zwirn, in modernsten Farben . . . M.	3 50	Filz- u. Stepphüte moderne Farben und Fasson M.	27 00
Damenstrümpfe in schwarzem u. braun, sehr gutes Baumwollgewebe, mit verstärktem Spitzes u. Farns M.	6 50	Hosenträger gutes Gummiband, mit Lederpatten M.	6 50
Damenstrümpfe in schwarz und braun M.	7 50	Herrenstrickbinder in modernsten Mustern, Kunstseide, M.	7 20
Kinder-Sweater Mako, in modernsten Farben von M.	8 00	Herrensportkragen Gr. 38-40 M. 2.30	1 50
Erstlingshemden aus Nessel M.	1 20	Herrensocken gute Qualität M.	3 75
Renforcé 70 cm breit, sehr gute Qualität das Meter M.	7 20	Herrenhandschuhe für den Winter, sehr gute Ware M.	6 30
Hemdentuch 80 cm breit, gute, kräftige Qualität, Meter M.	9 50	Feldgraue Militärhosen M. 108	9 50
Lakenbarchent 140 cm breit, das Meter M.	22 50	Jünger-Sweat in grau, in vorzüglicher Beschaffenheit . . . von M.	7 00
Fancy graues halbhohes Futterstoffgewebe, 70 cm breit M.	9 50	Marine-Sweater für Jünglinge, kl. Gr. von M.	17 00
Vigogne-Jacken für Herren und Damen, sehr gute Qualität M.	21 00	Jünglings-Anzüge bestehend u. Joppe u. Hose M. 40 35 30	34 00
Herrenhemden grau Trikot, M.	9 00	Herren-Anzüge dreiteilig, ganz feine Ware, M. 175, 150,	135 00
Mako-Jacken für Herren, sehr gute Qualität M.	21 00	Herren-Ulster in schwerer, halbhohler Qualität M. 78,	58 00
Herren-Oberhemden aus gutem Zephyr mit Klapp-Han-schetten und passendem Kragen M.	6 50	Herren-Westen blauer, halbhohler Stoff, mit Zerschnitt . . . M.	20 00
Herrenhemden Vigogne, in sehr gut Qual. in allen Größen M.	24 00	Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe 140 cm breit, sehr haltbare Ware von M.	20 00
Herren-Hemden Vigogne, mit Doppelbrust, sehr gute Qual. in allen Größen M.	27 50	Drellanzüge schwere reine, Ware, grün u. grau, gut verarbeitet 110.00	98 00
		Segeltuch-Pelerinen imprägniert, graue wasserfeste Ware, je nach Länge M. 80, 85,	80 00
		Gummi-Mäntel für Herren u. Damen	265 00

Vereinzelter Verkauf von Barchenthosen à M. 6⁵⁰
Mittwoch, d. 31. August u. Donnerstag, d. 1. September

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend.
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Gurkofix

feinster Gurkensalat

Überall erhältlich!

Carl Timmer, Essig-, Mostich- und Konservfabrik
Be Büschlingstr. 6

Ringeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Wändeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse

sofort ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Berthelplatz 12/72, Edr. Voltairerstraße, Wriezenerplatz 12/72.

bringen. Deshalb verurteilt der Deutsche Gewerkschaftsbund aufs schärfste die wässrigen und vergiftenden Formen der parteipolitischen Kämpfe, wie sie augenblicklich das deutsche Volk durchtoben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen wenden — gleich woher sie kommen —, die eine gewaltsame Aenderung der Verfassung zum Ziel haben.

Weitere verschärfte innerpolitische Wirren würden Deutschland um den letzten Rest jeder staatlichen Autorität gegenüber dem Ausland bringen. Die furchtbaren Folgen hätte dann das gesamte deutsche Volk, in erster Linie die deutschen Arbeitnehmer, zu tragen.

Verherrlichung des Mordes.

Ein Teil der Rechtspresse weist jammernd die Verantwortung für den Mord an Erzberger zurück. Aber es hilft nichts. Ein anderer weniger vorsichtiger Teil preist triumphierend die Tat. So schreibt die „Pommersche Tagespost“, das führende Organ der Deutschnationalen Pommerns, folgendes:

„So hat denn der Diebgehaßte, der schon einmal in Weimar nur durch heimliche Flucht den Händen ergrimmter Soldaten entrann, ein unrühmliches Leben durch einen unrühmlich-tragischen Tod beendet. Der erste Gedanke bei Erhalt dieser Kunde mag wohl in weissen Kreisen ein gewisses Gefühl der Befreiung auslösen, nicht der Befriedigung, denn niemals schafft grauenvolle Tat rascher, von Jörn und Ingrimm geleiteter Hände solches Empfinden in fühlenden Menschenherzen. Vielmehr ist es nur ein Gedanke, jenem vergleichbar, dem Schillers Teil Worte verleiht, da den Vogt Gähler der tödende Pfeil erreicht: „... Du wirst dem Lande nicht mehr schaden...“

Im Spätabendblatt des Herrn Wulle ereifert sich der schon öfter genannte Herr Zimmermann, ein alter Offiziershaudegen, über seine Befinnungsgenossen, die keine Mörder-solidarität halten wollen. In seinem eigenartigen Ton schreibt er

Das große Rufen kommt einem an ob der Behandlung des Falles in einem Teil der Rechtspresse bis in die deutschnationale Presse hinein. Sie wachen vor Traurigkeit und Demut ordentlich mit den Ohren, wie ein alter Karren Gaul, der sie nicht mehr steif halten kann. Und die Täter werden bereitwillig verurteilt, auf Vorwurf, d. h. noch ehe man ihre Person und ihre Beweggründe kennt. Man verpflichtet sich seltener, sie unter allen Umständen verabscheuungswürdig zu finden, gleichviel, ob sie sich als Vollstrecker des nationalen Bewusstseins gefühlt haben, oder sich als bolschewistische Agenten entpuppen wollten.

Herr Zimmermann will also die Mörder nur verurteilen, wenn sie — was außer ihm wohl keiner glaubt — bolschewistische Agenten gewesen sein sollten, falls es aber Nationalisten sind, erweist die „vornehme“ Verurteilung der Mörder in einzelnen deutschnationalen Blättern sein lebhaftes Ekelgefühl. Was will man eigentlich mehr? Diese beiden Fälle können als Schulbeispiele dafür dienen, was mit der Verordnung der Reichsregierung gemeint ist.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Bericht der „B. a. M.“ über die Bekanntgabe der Ermordung Erzbergers in einem deutschnationalen Jugendbund:

Auf einer Gründungsfeier der Ortsgruppe „Theodor Körner“ des Deutschen Jugendbundes „Bismarck“ im Rosentaler Garten führte der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Straß, folgendes aus: „... Wie ich schon lese, ist der „dick, feiste, vierährige (allgemeine Heiterkeit-Zurufe: Sehr gut! Heil usw.) Reichsverderber Erzberger erschossen worden! (Minutenlanges Häufelchen; Heil-Rufe.) Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist. (Beifall.) Wir tragen die volle Verantwortung für diese Tat. Es ist durchaus christlich, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken, denn was man als Böses erkannt hat, muß man beseitigen.“ (Allseitige Zustimmung)

Man wird es nur begrüßen können, wenn diesen Rohlingen endlich das Handwerk gelegt wird.

Bayerisches Beileid.

Die „Bayerische Staatszeitung“, das offizielle Organ der Rahr-Regierung, begleitete die Nachricht von der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Erzberger mit folgendem Kommentar:

Erzberger ist in erster Linie mitschuldig an dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges, sowie an dem in seinen Folgen Deutschland so verheerenden Versäuler Vertrag und seiner Annahme. Obwohl als Schilling seines Volkes seit langem entlarvt, von seiner Partei in den Hintergrund gestellt, hat Erzberger nie die Hoffnung aufgegeben, im politischen Leben wieder eine führende Rolle zu spielen, vielleicht sogar die höchste Stelle einzunehmen. Gerade das war der Grund für seine Gegner, ihn unablässig aufs schärfste zu bekämpfen und wohl auch der Anlaß zu der höchst bedauernden Untat. Der politische Mord ist unter allen Umständen zu verurteilen und wohl die meisten und schärfsten Gegner Erzbergers werden diese Art der Unschädlichmachung lebhaft bedauern.

Es ist in der Geschichte der Zivilisation wohl der erste Fall, daß das Organ einer Regierung einem ruchlos ermordeten Staatsmann des eigenen Landes verleumderische Beschimpfungen ins Grab nachschleudert und damit für den Urheber der natürlich „lebhaft zu bedauernden“ Tat alle nur denkbar mildern Umstände geltend macht. Von da bis zur offenen Billigung „dieser Art der Unschädlichmachung“ ist nur ein Schritt.

Bayern kann auf seine Regierung und auf seine „Staatszeitung“ stolz sein!

Die Mörder noch nicht gefaßt.

Zu dem Mordanschlag auf Erzberger erhält die „Offenburger Zeitung“ von zuverlässiger Seite noch folgende Mitteilungen: Die beiden Täter gingen in einem so geringen Abstand hinter den beiden Abgeordneten her, daß man sie allgemein für ihre Söhne hielt.

Es wird berichtet, daß die beiden Täter wiederholt im Vorbeigehen die Zimmer des Abgeordneten Erzberger beobachteten. Das wurde auch unmittelbar bevor sie am Freitag morgen in den Wald gingen, gesehen. Nach der Tat flüchteten sie in der Richtung nach dem Kniebühl und fragten den Straßenwärt nach der Wegrichtung. Die angefahrenen Polizeihunde verfolgten die Spur der Täter ebenfalls, so daß die Fluchtverrichtung feststeht. Das ganze Kniebühlgebiet ist von Gendarmerie umstellt.

Da man damit rechnen muß, daß Spuren des gegen Erzberger ausgeführten Attentats nach Berlin führen, hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß auch in der Berliner Polizei-Zentrale mit allen Kräften versucht wird, die Warldat aufzudecken. Die Ermittlungen liegen hier in der Hand des Leiters der Abteilung I A. Es ist bei dieser Abteilung ein besonderer Bereitschaftsdienst unter einem Kriminalkommissar eingerichtet, der Tag und Nacht ununterbrochen zu erreichen ist. (Zimmer 269, Hausanruf Nr. 313). In den

beiden letzten Tagen haben sich bereits zahlreiche Personen gemeldet, die über verschiedene Wahrnehmungen aus letzter und früherer Zeit Befundungen gemacht haben. Allen diesen Meldungen wird von der Abteilung I A eingehend nachgegangen. Ueber das Ergebnis der Ermittlungen wird die Öffentlichkeit auf dem laufenden gehalten.

Die von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten an erster Stelle verfolgte Spur betrifft eine Person, die in der ersten Hälfte des Juli bei einer Berliner Zeitungsredaktion die Neuzuckerung getan hat, Erzberger muß als Schädling des Reiches erledigt werden. Er muß auf alle Fälle unschädlich gemacht werden. Der betreffende Mann soll bei seiner Neuzuckerung den Eindruck eines erregten Fanatikers gemacht haben, der sich mit der Absicht trägt, gegen Erzberger tödlich vorzugehen. Es handelt sich um einen Mann, auf welchen im allgemeinen die Beschreibung zutrifft, die von dem einen der in Griesbach aufgetretenen Mordmörder gegeben wird. Der Mann ist etwa 1,73 bis 1,76 Zentimeter groß, schlank, mit ovaalem Gesicht, blondem Haar, hellen Augen und kleinem blondem Schnurrbart. Er war mit ungewänderter feldgrauer Uniform, Wikelaamaschen und schwarzen Schnürschuhen bekleidet und scheint seinem Benehmen nach ehemaliger Offizier, jetziger Student zu sein.

Das Signalement der Attentäter.

Ueber die Untersuchung in der Verfolgung der Mörder Erzbergers wird amtlich mitgeteilt: Es handelt sich um zwei Personen, die für die Täterschaft in Frage kommen. Der eine ist ein größerer Mann, 25 bis 30 Jahre alt mit blondem stehenden oder zurückgestrichenem Haar, mit kleinem Schnurrbart und finstern Gesichtsausdruck. Er trägt Kneifer, Sportanzug, der teils als schwarzgrau, teils als rethfarben bezeichnet wird, ferner Sportstrümpfe, er geht stets ohne Hut und trägt am linken Ohr oben ein kleines Heftplaster. Der zweite Täter wird als ein kleiner Mann geschildert, mit dunklem Haar, Sportanzug, ebenfalls Sportstrümpfen, und soll auch ohne Hut sein. Einer der beiden soll einen Umhang seitlich am Vorderrücken oder am Gürtel des Rocks getragen haben. Beide wurden vor der Tat von verschiedenen Kurgästen beobachtet, denen aufhief, daß sie sich öfter beim Kurhaufe vor den Fenstern Erzbergers aufgehalten haben. Die Untersuchung hat bisher schon Anhaltspunkte geliefert, in welcher Richtung sich die beiden entfernen haben. Am Tatorte wurden mehrere Patronenhülsen sowie eine ungeschossene Patrone gefunden. Die Munition war von zwei verschiedenen Kalibern. Der Sektionsbefund der Leiche Erzbergers stellt zwei Kopfschüsse, einen Brustschuß mit Verletzungen beider Lungenlappen, einen Schuß durch den linken Oberarm und den Bauch, sowie zwei unerhebliche Wundstellen fest.

Wo ist Ostwig v. Hirschfeld?

Die Ermittlungen der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten zur Aufdeckung des Mordes an Erzberger erstrecken sich u. a. auch auf die Person des ehemaligen Führers Ostwig v. Hirschfeld. Bekanntlich war Hirschfeld wegen des früheren an Erzberger verübten Attentats zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte diese Strafe im Strafgefängnis zu Berlin-Tegel zu verbüßen, war aber wegen angeblicher Krankheit am 27. April 1921 auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt worden. Die Urlaubsfrist lief am Sonnabend, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr 55 Min. ab, ohne daß Hirschfeld sich zur weiteren Strafverbüßung im Gefängnis einfindet. Noch am Sonnabend nahm die Berliner Polizei die Ermittlung nach dem Verbleib des H. auf. Als sie hörte, daß der Genannte sich mit seinen Eltern im Dorfe Altmirch bei Raumburg aufhalten sollte, ersuchte sie sofort drähtlich den Landrat von Raumburg um Feststellung, ob der Gesuchte sich in Altmirch aufhalte und bejahendenfalls um seine sofortige Festnahme. Die Antwort des Landrats von Raumburg lautete dahin, daß O. v. H. nicht in Altmirch sei, sondern daß sich dort lediglich seine Eltern aufhielten, die ihrerseits über den Verbleib ihres Sohnes schon seit dem 9. d. M. nichts mehr wissen wollen. Da die letztere Aussage ungläubwürdig erschien und da ferner nach den bei der Berliner Polizei vorhandenen Unterlagen die Mutter des O. v. H. in den Plan des früheren Attentats des Sohnes vorher eingeweiht war, hat die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten am gestrigen Montag Beamte nach Altmirch entsandt, um die Eltern des O. v. H. dem Berliner Polizeipräsidenten zur sofortigen Vernehmung zuzuführen. Diese Vernehmung dürfte bereits im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Verdächtige Einheitsfreunde.

Die KPD-Zentrale veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger auffordert, zur gemeinsamen Abwehr des drohenden Säbelregiments eine geschlossene Front des gesamten Proletariats zu bilden. Die Anhänger der KPD werden dieser Aufforderung am besten nachkommen, indem sie sich diszipliniert in die gemeinsame Aktion einfügen, die von den beiden großen sozialistischen Parteien und den Gewerkschaftsverbänden zum Schutz der Republik eingeleitet worden ist. Disziplinlosigkeit, Quertreiberei, Eigenbrötelei und sonstige Potsdamerei zugunsten eines Fraktionchens wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und ein Helfershelferdienst für die reaktionären Feinde der Republik. Die KPD-Zentrale verdient nach allen bisherigen Erfahrungen nicht das Vertrauen, daß es ihr mit dem Schutz der Republik und dem Kampf gegen die ihr drohenden Gefahren ernst ist. Die Arbeiterklasse wird auf keinen Fall eine Störung der imponierenden Einheit, die durch das gemeinsame Vorgehen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften erreicht ist, gestatten dürfen.

Erneute Provokationen!

Schwarz-weiß-rote Heerschau mit Ordensverleihung.

Auf unseren Redaktionstisch flattert der nachstehend gedruckte Laufzettel:

Ausgeben: **Einladung zur** **Heerschau „Schwarz-weiß-rot“** **Ausgeben:**

am Sonntag, den 2. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr,

im **Sportpalast in Berlin, Potsdamer Straße 72,**

verbunden mit der feierlichen

Stiftung der Deutschen Ehrenmünze des Weltkrieges

durch den Ordenskanzler des

Verbandes nationalgerüsteter Soldaten

und der

Reihe der Schwarz-weiß-roten Kompanie des Deutschen

Volksbundes, c. V.

Jeder nationalgerüstete Deutsche muß erscheinen. **B**

Berlin B 62, Reichstr. 32.

Zentralauskunft der nationalen und deutschvölkischen Vereine und

Verbände von Groß-Berlin.

Kartenverkauf

zum Einheitslohn von 3,00 M. einchl. Steuer ab 2. September bei:

Theodor Weitzel, Nationale Buchhandlung, Potsdamer Straße 194b;

Verband nationalgerüsteter Soldaten, Berlin B 9, Schillingstraße 10;

Nationalverband Deutscher Offiziere, Reichstraße 82;

Deutsche Volkspartei, Wahlkreisverband Berlin, Zimmerstr. 72/74, III;

Deutscher Volksb., c. V., Dessauer Straße 6;

Buchhandlung W. Bismann, Bauerstraße 91;

Lebensmittel-Verkaufshaus Dutz, Hauptstraße 163; ab 8. September: Deutschnationale Volkspartei, Landesverb. Gr.-Berlin, Schillingstr. 1.

Die Arbeiterklasse muß eine solche Veranstaltung als erneute unerhörte Provokation auffassen und wird die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Interessant ist, daß die Deutsh-

nationale und die Deutsche Volkspartei sich durch ihre Organisationen offiziell an dieser Provokation beteiligen will. Rechtlich ist auch die Frage aufzuwerfen, ob private Organisationen das Recht zur Stiftung von Ehrenmünzen des Weltkrieges haben. Vielleicht wird hier geeignete Gelegenheit zur Anwendung der neuen Regierungsverordnung sein.

Die Deutschnationale Volkspartei (Ortsgruppe Lausiger Platz) hält die Zeit für geeignet, um am 1. September im Paradiesgarten in Treptow eine Sedanfeier (anschließend Tanz) zu veranstalten. Die gedruckte Einladung erklärt es für notwendig, sich „an den großen Tagen unserer Vorkäter wieder aufzurichten“. Hierzu dienen offenbar die in gedruckten Einladungen angekündigten Veranstaltungen wie Tanz, Bonbonregen, Verteilung von bunten Papiermützen und Feuerwerk. Recht bezeichnend für den Geist der „Aufrichtung“ ist es auch, daß der Beginn der Veranstaltung genau festgelegt, das Ende dagegen durch zwei große Fragezeichen bezeichnet ist. Schließlich verdient noch Erwähnung die Ankündigung eines „großen Konzerts der Militärkapelle“. Unseres Wissens ist doch der Reichswehr die Teilnahme an Parteiveranstaltungen verboten.

Die Maßnahmen Preußens.

Aus dem preussischen Ministerium des Innern hören wir, daß morgen, Dienstag, um 12 Uhr vom Reichsministerium des Innern dem Reichspräsidenten die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August vorgelegt werden. Unmittelbar nach Erlass dieser Bestimmungen werden vom preussischen Ministerium des Innern mit allem Nachdruck die Maßnahmen ergriffen werden, die zur Ausführung dieser Bestimmungen notwendig sind.

Abbau des Ausnahmezustandes.

Königsberg, 29. August. (M. B.) Durch Verordnung des Militärbefehlshabers des Wehrkreises I vom 29. August werden die Verordnungen des Militärbefehlshabers vom 29. März 1921 betreffend das Verbot von kommunistischen Versammlungen und das Verbot der Zeitung „Die rote Fahne“ Ostens außer Kraft gesetzt.

Bayerische Herausforderung.

München, 29. August. (M. B.) In seiner Wohnung in der Balanstraße wurde am Sonnabend wegen einer in der Holzboisener-Sammlung gehaltenen aufreizenden Rede der MSB-Führer und erste Vorsitzende des Zentralrats der Betriebsräte, Laver Freyberger, verhaftet. Freyberger war von 1904 bis 1921 Reichheitssozialist und trat dann zur USB. über.

Freigabe von Bismarcks drittem Band.

Wie bekanntgegeben wird, hat Wilhelm der Chémalige unter Verzicht auf den jüngst noch vom Kammergericht anerkannten urheberrechtlichen Schutz den Abdruck der von ihm und seinem Vater verfaßten Briefe in dem im Verlage Cotta erscheinenden dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ gestattet. Der Verlag Cotta hat eine namhafte Summe des Ertrages für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Die Veröffentlichung dieser Tatsache wird von sämtlichen Telegraphenbüros mit dem Bemerkten gebracht, daß Wilhelm sich dabei habe von dem Entschluß leiten lassen, Bismarcks nachgelassenes Werk dem deutschen Volk nicht mehr länger vorzuenthalten. Das ist ja sehr erfreulich. Warum kommt man aber erst zu dem Entschluß, nachdem man wüst herumprozessiert hat? Oder sollte diese Erkenntnis mit dem Telegramm an den Frontkämpfertag gemeinam und vor dem Erzberger-Mord kommen und hat die Regie nur nicht geklappt?

Streik im Nahrungsmittel-Großhandel.

Eine gestern abend abgehaltene Versammlung von Arbeiter und Arbeiterinnen im Nahrungsmittel-Großhandel beschloß in geheimer Abstimmung gegen wenige Stimmen, bei demjenigen Arbeitgeber, die der Arbeitsgemeinschaft im Nahrungsmittel-Großhandel angehören, heute die Arbeit niederzulegen. Mit den übrigen Arbeitgebern will man sich nachdem ins Benehmen setzen.

Berichtigung.

In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung muß § 3 richtig lauten: Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Streik beim Sinnes-Blatt. Wegen einer Arbeitseinstellung im Druckereibetriebe der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Aktiengesellschaft, konnten der deutsche „Reichsanzeiger“ und preussische „Staatsanzeiger“ sowie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht erscheinen.

Um Deine Sache handelt es sich!

Gegenwart und Zukunft des arbeitenden Volkes stehen auf dem Spiele. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat es selbst verkündet: „Die Republik ist in Gefahr!“ Deine Pflicht und Dein Interesse gebietet Dir, sie zu schützen und am Kampfe gegen die Reaktion in allen seinen Formen aktiv teilzunehmen. Wird insbesondere unabhängig für das Blatt der Sozialdemokratischen Partei, für das Sprachrohr des Berliner Proletariats, für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 M. pro Monat September.

Name _____
Wohnung: _____ Straße Nr. _____
born _____ Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.
bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Der Wahlsieg des Zentralverbandes der Angestellten.

Am Sonntag haben die Handlungsgehilfen und -gehilfen Berlins durch ihre Abstimmung erkennen lassen, daß das Vertrauen der Mehrheit der Berliner Handlungsgehilfenschaft dem Zentralverband der Angestellten gehört. Von 44 458 Stimmen erhielten die beiden dem Ase-Bund angehörenden Verbände 23 226 Stimmen. Von diesen entfielen auf den DVA 21 834 Stimmen mit 123 Beisitzern und auf den Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten 1392 Stimmen mit 8 Beisitzern. Die „Wertarbeitliste“ des deutschen Handlungsgehilfenverbandes und seiner Anhängsel erhielt nur 11 606 Stimmen mit 65 Beisitzern, der katholisch-katholische Verein 808 Stimmen mit 5 Beisitzern, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 7574 Stimmen mit 42 Beisitzern, der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten 984 Stimmen, 6 Beisitzer, und der Reichsverband der Bankangestellten 220 Stimmen mit einem Beisitzer.

Der eigentliche Wahlkampf spielte sich ab zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Handlungsgehilfenverband.

Die Agitation des DVA gegen den Zentralverband der Angestellten hätte wüste Kräfte aufgewandt. Unter dem Stichwort „Wertarbeit“ zog der DVA, in dem Wahlkampf, weil er nicht wollte, unter seiner reaktionären, antisemitischen Fiktion DVA, zu kämpfen. Er prägte als Konzeption an den Standesdünkel für die Handlungsgehilfen das neue Wort „Kaufmannsgehilfen“. Aber es verdingt ebensowenig wie die blöde Behauptung, daß der DVA sich zur Hälfte aus Kommunisten zusammensetzt und im übrigen Scheuerfrauen usw. organisiert.

Die „Kaufmannsgehilfen“ Berlins haben durch ihre Abstimmung jedenfalls gezeigt, daß sie nicht hinter dem DVA, sondern hinter dem Ase-Bund stehen. Bringen wir von dem Stimmenergebnis der „Wertarbeit“-Liste 2500 für die Mitglieder des Deutschen Bankangestelltenvereins in Abzug und rechnen wir (nur) 2000 Stimmen aus Mitgliedsbeiträgen des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten ab, dann bleiben von DVA-Stimmen nur noch 7100. Damit stellt sich für den DVA, recht betrübliche Tatsache heraus, daß er in diesem Wahlkampf sogar von dem Gewerkschaftsbund der Angestellten geschlagen worden ist. An sich ist die Zahl von 7554 DVA-Stimmen für Berlin immer noch zu hoch. Sie kamte nur zustandekommen, weil die von der Agitationsmethode des DVA, abgesehen, aber auf bürokratischem Boden stehenden Handlungsgehilfen ihre Stimme dem DVA gegeben haben.

Vernichtend ist das Ergebnis insbesondere für die gesamten Fachorganisationen. Weder die Bankangestellten, noch die Versicherungsangestellten haben mit ihren Hochlisten irgendeinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Dies Ergebnis spricht für die gesunde Auffassung der Handlungsgehilfen, die in einer zentralen Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte in der freien Gewerkschaft tatsächlich das geeignete Instrument des wirtschaftlichen Kampfes anerkennen.

Der Zentralverband der Angestellten kann daher den Wahlausgang als einen vollen Sieg der freigewerkschaftlichen Richtung in der Angestelltenschaft buchen.

Wichtig! Funktionäre des Metallarbeiterverbandes!

Bei der am Donnerstag und Freitag stattgefundenen Wahlstimmung ist das Angebot der Unternehmer mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt worden. Es haben daraufhin erneute Verhandlungen stattgefunden; zu deren Ergebnis nehmen die in Frage kommenden Körperschaften Stellung. Deshalb ist heute nachmittags 2 Uhr eine Sitzung des Metallrates, um 5 Uhr eine Sitzung der rügeren Verwaltung, um 8 Uhr eine außerordentliche Sitzung der mittleren Verwaltung und am Mittwoch, abends 7 Uhr, im Arbeitervereinshaus, Chausseestraße, eine Sitzung der erweiterten Verwaltung einschließlich sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiterverbandes, soweit sie im DVA beschäftigt sind.

Alle Funktionäre sind verpflichtet, unbedingt zu erscheinen. Außerdem findet am Mittwoch, abends 6 Uhr, im Verbandskauf, Vintenkstr. 8/9, im Sitzungssaal eine Sitzung der Delegierten zum Verbandstag statt. Sämtliche Delegierten sind zum Erscheinen verpflichtet. Die Direktverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bez. Groß-Berlin.

Nach einem schicksaligen Streik der gewerblichen Arbeitnehmer bei der Firma Meyer u. Co., ist durch Verhandlung eine Einigung auf folgender Grundlage erfolgt:

Der Wochenlohn beträgt jetzt für Handwerker 440 M., für Geiger 410 M., für Fabrikführer 370 M. und für Geiger 330 M. Das Jugendergebnis der Firma bedeutet eine Zulage von 80 M., 110 M., 70 und 65 M. pro Woche. Von den sechs Streiktagen zahlt die Firma drei Tage.

Die Vergherren terrorisieren den Schlichtungsausschuß.

Der Schlichtspruch des Aachener Schlichtungsausschusses in Sachen der gemahregelten Bergbauangestellten vom 19. August 1921, der be-

kanntlich noch 80 Proz. der behaupteten Höhe in der Form erledigte, daß die Ausgesperrten nicht wieder eingestellt würden, hatte naturgemäß die Angestelltenorganisationen nicht befriedigt. Sie suchten deshalb ein Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums in die Schlichtungsverhandlungen zu erzielen. Vom Reichsarbeitsministerium wurde an den Aachener Schlichtungsausschuß ein Telegramm gerichtet, in dem folgendes ausgesprochen ist:

1. Unter gewissen Betriebsverhältnissen und Arbeitsmöglichkei gemäß Ziffer 4 sind nur Streiks zu verstehen, nicht Verhältnisse, die unabhängig vom Streik entstanden sind.

2. Nachwiedereinstellung von Angestellten wegen Teilnahme am Streik wäre Maßregelung, die durch Ziffer 4 verbleiben werden sollte.

3. Vorläufige Befehle eines Postens von am Streik beteiligten Angestellten durch Arbeiter in der Absicht der Belegung durch betriebsfremden Angestellten nach 15. September würde der Absicht und dem Sinne des Vergleichsvorschlags zuwiderlaufen.

In der Sitzung vom 23. August 1921 lehnten die Angestelltenführer die auf Arbeitgeberseite stehenden Bergwerksdirektoren der beteiligten Firmen ab, weil sie auf dem Standpunkt standen, daß diese Herren, da sie in eigener Sache Beklagter und Richter zugleich waren, unter allen Umständen befangen sein mußten. Der Schlichtungsausschuß gab diesem Ablehnungsantrag statt und bestellte zum 25. August 1921 für die Arbeitgeberseite andere Beisitzer.

In der Sitzung am 25. August 1921 erklärte der Arbeitgeberverband, daß er gegen die neue Zusammenlegung des Schlichtungsausschusses protestieren und verlangen müsse, daß die alte Zusammenlegung bestehen bleibe. Ferner erklärte der Arbeitgeberverband, daß er gegen den Absatz 1 des obigen Telegramms beim Reichsarbeitsministerium Protest erhoben habe. Bevor ein Entscheid des Reichsarbeitsministeriums eingegangen wäre, würde der Arbeitgeberverband nicht in Verhandlungen eintreten. Nachdem von Arbeitnehmerseite die Unhaltbarkeit dieses Protestes hinreichend nachgewiesen war, fällt der Schlichtungsausschuß einen Spruch, der besagt, daß der Schlichtungsausschuß die jetzige Zusammenlegung als gelehrt betrachte und ein Ausbleiben der Verhandlungen wegen des Protestes an das Reichsarbeitsministerium nicht angingen wäre. Danach sollte in die Verhandlung eingetreten werden. Die Arbeitgeber lehnten aber jede Verhandlung ab und verließen geschlossen den Saal.

Die Arbeitgeber haben hier einmal wieder bewiesen, daß nach ihrer Ansicht die Schlichtungsausschüsse ein willkürliches Werkzeug für die Arbeitgeberinteressen sein sollen. Spricht ein Schlichtungsausschuß so viel Rücksichtlosigkeit auf, die Annahme der Herren zurückzuweisen, dann desavouieren sie ihn. Der Wortlaut des beanstandeten jeden ehrlich denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit. Wenn man Entlohnungen vornimmt aus Anlässen, die mit dem Streik nichts zu tun haben, so erblickt jeder normal denkende Mensch darin dasjenige, was die Herren Arbeitgeber angeblich nicht vornehmen wollen, nämlich Maßregelungen. Dieser Absatz beraubt die Herren aber der Mäßigkeit, nach Willkür mit den Gemahregelten verfahren zu können und das ist der Grund, warum sie sich so sehr gegen diese Auslegung sträuben. Offenbar hätte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Herr Dr. Tiburtius, in den Verhandlungen am 8. August 1921 bereits diesen Text oder einen noch viel mehr präzisieren gemahrt, wenn er den Geist des Arbeitgeberverbandes für Bergbau usw. im Aachener Bezirk auch nur halb so gut gekannt hätte, wie es bei den Arbeitnehmern der Fall ist. Herr Dr. Tiburtius hat den Herrschaften weitgehendst den guten Glauben entgegengebracht, daß sie die Wiedereinstellung loyal vornehmen würden, wie sie es ein halb Duzend mal versprochen. Die Arbeitnehmer hatten schon vorher ihre eigene Auffassung über die „Loyalität“ dieser Berowerksgehilfen und durch die neuerlichen Vorkommnisse bei der Wiedereinstellung und das Verhalten der Herren vor dem Schlichtungsausschuß ist dieselbe wieder einmal trah bezeugt.

Mit einem so reaktionäre gesinnten Arbeitgeberverband ist es schließlich unmöglich geworden, auf friedlichem Wege noch zu irgendwelchen befriedigenden Verhandlungsergebnissen zu kommen. Die Erkenntnis wächst immer mehr und mehr, daß man auf jener Seite das Bestreben hat, die Arbeitnehmer im Aachener Steinkohlenbezirk bis aufs Blut zu propägen, um Lösungen im anderen Sinne herbeizuführen. Die Deffenlichkeit kann nicht dringend genug auf dieses, dem Wirtschaftsfrieden in ganz besonderer Form dienende Treiben der Berowerksgehilfen aufmerksam gemacht werden. Die Behörden und Regierunagsstellen aber mögen beizeiten noch dem Rechten leben, damit sie nicht für Dinge verantwortlich gemacht werden müssen, die zu verhalten es noch an der Zeit ist.

Betriebsräteschule.

In drei Wochen beginnen die neuen Kurse der Betriebsräteschule. Ein großer Teil der Hörerarten, die zum Preise von 6 M. bei den Ortsverwaltungen erhältlich sind, sind bereits abgeholt worden. Wir möchten nun erneut darauf hinweisen, daß nicht allein die arbeitsrechtlichen Kurse für die Ausbildung der Arbeiterlichkeit von Wichtigkeit sind, sondern daß von mindestens ebenso großer Bedeutung diejenigen Kurse sind, die sich mit den Gebieten der Privat- und Volkswirtschaftslehre, der Sozial- und Gewerkschaftslehre beschäftigen. Diese Gebiete werden von Seiten der Arbeiterlichkeit noch viel zu wenig beachtet. Und doch ist es nur durch ihre Kenntnis möglich, Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft zu

gewinnen. In diesem Sinne müßten die Betriebsräte in den Werbetrieben auf die Kollegen einwirken und sie auf die Bedeutung der proletarischen Bildungsarbeit hinwirken. Kollegen, die wenig oder gar keine Vorbildung besitzen, werden ihre Schulung am besten mit einem der als Einführungskurse bezeichneten Lehrgänge gewinnen.

Hingegen sind für Hörer, die bereits eine bestimmte Vorbildung besitzen, Seminare über die Gebiete „Arbeitsrecht“, „Privatwirtschaftslehre“ und „Volkswirtschaftslehre“ errichtet worden. Für diese werden die Anmeldungen lediglich im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 14/15, 2. Hof I, entgegengenommen.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die sich in der Wahl der für sie geeigneten Kurse nicht schlüssig sind und ihre Bildungsarbeit instematisch betreiben wollen, empfehlen wir, die „Lehrberatersstunden“ der Betriebsräteschule aufzusuchen. Diese finden, außer in den Bureaustunden, Montags und Freitags von 4-6 Uhr nachmittags statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Abteilung Räteschule.

Die Kommunalangestellten im Rheinland.

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Kommunalangestellten aus dem besetzten Rheinland nördlich der Mosel tagten dieser Tage in Köln, um Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Teuerung und deren Folgen. Einstimmig vertrat man die Ansicht, daß die Lage im besetzten Gebiet unerträglich sei und die Gehälter nicht ausreichen, um auch nur die Familie vor dem Verhungern zu schützen. Es habe eine Vorstudie der Wirtschaftsprüfungskommission der Rheinischen Republik durchgeführt, die nicht allein für den einzelnen Angestellten den Zusammenbruch der Familie nach sich ziehen würde, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt durchaus zu verwerfen sei. Man stellte sich geschlossen hinter die vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und der Ase bei den Reichs- und Staatsbehörden eingereichten, bekannten Forderungen. Infolge der besonders ungunstigen Lage im besetzten Gebiet wurde die Gewerkschaft des Zentralverbandes der Angestellten beauftragt, sofort bei den maßgebenden Stellen die Erhöhung der jetzigen Besatzungszulage von 150 M. um 300 M., also auf 600 M., zu beantragen. Auch die bei Reichs- und Staatsbehörden beschäftigten Angestellten haben sich mit dieser Forderung solidarisch erklärt, und es soll mit größtem Nachdruck versucht werden, diese Forderung durchzusetzen.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Aufruf in der Rheinischen Republik, der die Beamten aufzuforderte, sich den Separatisten unter Angabe ihrer Vorbildung, ihrer jetzigen Tätigkeit usw. bei den Behörden zur Verfügung zu stellen.

Eine Entschlieung fand einstimmige Annahme, worin die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis nimmt von den Verbrechen gewalttätiger Kreise, Beamte für den Verwaltungsdienst einer sogenannten Rheinischen Republik zu gewinnen. Die Versammelten verurteilen erneut die Bestrebungen der rheinischen Sonderbündler. Die Bewirklichung einer Rheinischen Republik nach den Wünschen dieser Leute würde für die gesamte Angestellten- und Arbeiterchaft den Rückfall in die Zustände vor 1918 bedeuten. Die Angestellten werden nach wie vor allen Bestrebungen, die Rheinlande aus dem Verbände des Deutschen Reichs zu lösen, schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Kosten der Arbeitslosigkeit in Amerika.

Der Vorigende der American Federation of Labour, Comper, bezifferte, wie der „Konfessionär“ mittels dem Präsidenten Harding gegenüber die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 4 Millionen und die Kosten, die hierdurch dem Staat täglich erwachsen, auf 20 Millionen Dollar. Comper machte Vorschläge, Notstandsarbeiten, insbesondere durch Vrangriffnahme öffentlicher Bauten, ständig für die Zeit schlechten Geschäftsganges einzurichten.

Die Arbeitgeberwahl zum Kaufmannsgericht der Stadt Berlin am Freitag hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 3331 Stimmen, wovon auf die bürokratische Liste 3282 Stimmen entfielen und auf die Liste der freien Arbeitgeber 49 Stimmen.

Zentralverband der Kleider. Mittwoch, abends 6 Uhr, Versammlung der Gesellen und Arbeiter des Groß-Berliner Hirschbären in Heinrichs Fehlfeld, Große Frankfurter Str. 20, Tagesordnung: „Scheidungsfrage um Lohnanteil“.

Transportarbeiter-Verband. (Tabakstraßen). Heute, 6 Uhr, im Schulhaus, Neue Jakobstr. 24/25, Versammlung der Transportarbeiter aus der Sigmundstrasse.

Betriebsräte. (Abteilung Post, Fernsprech- und Telegraphen-Personal für den D. P. D.-Bezirk Berlin.) Freitag, 18 Uhr, im Operettenschauspielhaus, Engelauer 24, Großer Saal, Sektionsmitgliederversammlung. Bericht über die Verhandlungen und die geplanten Maßnahmen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin; Berlin: Karmeliter-Berlag G. m. u. H., Berlin, Druck: Berwagts-Druckerei u. Verlagsanstalt West-Elbe u. Co., Berlin, Unter den Eichen 1.

Stoffe I. Herren- u. Damenbekleidung
beste Fabrikate, grosse Auswahl
Verkauft meistweisse
Koch & Seeland, d.H. Gertraudenstr. 20/21 Gegr. 1893

Geschäftszeit 8 1/2 - 7.

Peek & Cloppenburg G. m. b. H.

Gertraudenstr. 25-26 BERLIN C, Roßstraße 1 u. 2

Preiswerte Konfirmanden-Anzüge

Form	Brustweite 68-70	Brustweite 72-76	Brustweite 78-82	Brustweite 84-86
17939 Dunkel gemust. Cheviot	306.-	316.-	331.-	351.-
14033 Dunkelblauer Cheviot	417.-	457.-	472.-	492.-
14036 Dunkelblauer Cheviot	458.-	478.-	493.-	513.-
14047 Dunkelblauer, reinwollener Cheviot	531.-	541.-	556.-	576.-
14107 Dunkelblauer, reinwollener Cheviot	592.-	605.-	625.-	650.-
14044 Dunkelblauer Melton-Cheviot, reine Wolle	615.-	635.-	665.-	715.-
14040 Marengo-Cheviot	650.-	670.-	700.-	740.-

Gute Stoffe und Zutaten wie früher.

Goeben erschienen — überall zu haben:

Parrus: Aufbau und Wiedergutmachung

Das klassische Buch von der Erfüllung des Friedensvertrages und Deutschlands wirtschaftlicher Gesundung

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68

Technikum
Strelitz (Mecklenburg)

Metallankaufsstelle
Grüner Weg
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleifer
Gegr. 1892, 100 Friedrichstr. 190

Kapitän-Rautaba
einmal probiert — immer geliebt
Feinstes Gemischt: Reis, Fleisch, Süßholz, in den Handringschälern usw.
Keine Bestandteile, nicht aus: Amsterdamer Räder, Berlin, Gieselerstr. 22 (Rg. 3801)

Zürich 1897
Professor Pinkus
Ich praktiziere wieder
Dr. Fritz M. Meyer